

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Brauen-Beit“ und „Der Augen-Beit“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 150 M., im voraus zahlbar. Fernsprecher: Berlin 1970, 1971 und 1972. Amt Postb. 2021. Redaktion: Dönhofsplatz 10, Berlin SW. 68.

Berlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die wöchentliche Monatsbeilage oder deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M., einschließlich Anzeigen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 15.— M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.

Redaktion: Fernsprecher Dönhofsplatz 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor einer neuen Konferenz

### Besprechung der interalliierten Schuldenfrage — Gemeinsame wirtschaftliche Aktion

(E.F.) London, 2. September. Der politische Mitarbeiter der „Daily Mail“ teilt mit, daß zwischen London und Paris bereits ein Gedanken-austausch begonnen hat, zwecks baldiger Einberufung einer internationalen Konferenz über die interalliierten Schulden. Lloyd George bereite gegenwärtig einen Vorschlag für eine gemeinsame wirtschaftliche Aktion in Europa vor, und man hoffe, daß die Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf den Markt für an dieser Aktion teilnehmen werden. Die Frage der Beweiskarte und der interalliierten Schulden werde im übrigen auf der Völkerbundversammlung vorgelegt werden. Lord Balfour habe Sir Basil Brackett vom englischen Schatzamt anwesend, an diesen Sitzungen teilzunehmen.

(E.F.) London, 2. September. Nach der „Daily Mail“ hat sich Lloyd George befriedigt über den Beschluß der Reparationskommission. Man ist darüber befriedigt, das Deutschland eine Atempause gewährt wurde. In industriellen Kreisen interessiert man sich sehr für die deutschen Kohlenlieferungen, auf die man zum kommenden Winter rechnet. Weiter erklärt man, daß eine deutsche Finanzreform das einzige Mittel sei, um Deutschland zu sanieren und ihm innere Unruhen zu erparieren. Ueber den Beschluß der Reparationskommission ist man um so befriedigter, als dadurch die Möglichkeit eines französischen Sonderbankrotts, das man hier mit größter Unruhe beobachtet hatte, ausgeschlossen erscheint.

### Die Auffassung Italiens

(E.F.) Rom, 2. September. In hiesigen politischen Kreisen äußert man hohe Wertschätzung über den Beschluß der Reparationskommission. Man ist darüber befriedigt, das Deutschland eine Atempause gewährt wurde. In industriellen Kreisen interessiert man sich sehr für die deutschen Kohlenlieferungen, auf die man zum kommenden Winter rechnet. Weiter erklärt man, daß eine deutsche Finanzreform das einzige Mittel sei, um Deutschland zu sanieren und ihm innere Unruhen zu erparieren. Ueber den Beschluß der Reparationskommission ist man um so befriedigter, als dadurch die Möglichkeit eines französischen Sonderbankrotts, das man hier mit größter Unruhe beobachtet hatte, ausgeschlossen erscheint.

### Die Regierung zu Verhandlungen mit Belgien bereit

(D.M.) Berlin, 2. September. Die Chefbesprechung, die in der Reichskanzlei um 11 Uhr heute vormittag stattfand, nahm einen Bericht des Staatssekretärs Schröder entgegen. Man war sich nach diesem Bericht darüber klar, daß jedenfalls die Möglichkeit einer Verständigung mit der belgischen Regierung über die Auslieferung von Schatzwesseln besteht und daß deshalb die Regierung bereit ist, mit den Anfang nächster Woche in Berlin eintreffenden Herren Demelman und Delacroix über diese Frage zu verhandeln. Die Regierung hat eine Mitteilung erhalten, daß am Anfang nächster Woche die belgische Regierung die beiden Unterhändler nach Berlin entsenden wird. Heute, im Laufe des Tages, finden Ressortbesprechungen statt, während das Kabinett sich für Montag die Beratung des Reparationsproblems vorbehalten hat. Auch die Besprechungen mit den Parteiführern wird erst Anfang nächster Woche stattfinden, nachdem die Regierung sich über die Möglichkeit der Garantieleistung für die Schatzwechsel klar geworden ist.

### Die belgischen Verhandlungen in Berlin

(E.F.) Paris, 2. September. Die bereits veröffentlichten Mitteilungen über die Verhandlungen der belgischen Regierung mit Deutschland ergänzt eine Brüsseler Meldung des Temps dahin, daß sich die belgischen Sachverständigen in kurzer Zeit, wahrscheinlich noch in der ersten Septemberhälfte nach Berlin begeben werden, um über die Sicherheiten zu verhandeln, die als Deckung für die deutschen Schatzwechsel dienen sollen.

### Reichsregierung und Reparationsfrage

Staatssekretär Schröder ist gestern morgen aus Paris zurückgekehrt. Um 11 Uhr hat Reichskanzler Dr. Wirth den Vortrag des Staatssekretärs entgegengenommen und seit 11 Uhr findet beim Reichskanzler über das gesamte Reparationsproblem eine Chef-Besprechung statt. Irgendwelche Mitteilungen über die bevorstehende Entscheidung der Reichsregierung läßt sich zurzeit natürlich noch nicht machen, doch kann, wie die „Dena“ meldet, soviel gesagt werden, daß die Regierung versuchen wird, in irgendeiner Form die Garantien zu finden, die für die Deckung der Schatzwechsel unbedingt notwendig sind. Die Regierung ist natürlich nicht gewillt, die letzte Verhandlungsmöglichkeit mit der Reparationskommission zu zerstören, und sie sucht jetzt den Weg, um den belgischen Forderungen gerecht zu werden. Da es in der Mitteilung der Reparationskommission heißt, daß nur für den Fall der Nichtverhandigung die Goldgarantie der Reichsbank in Frage komme, ist die Reichsregierung der Ansicht, daß die Garantie für den Fall der Verständigung auch in anderen Mitteln bestehen kann. Die Garantie der D-Bank, die von der Entente schon mehrfach vorgeschlagen wurde, wird unter den heutigen Umständen kaum möglich sein. Eine zweite Frage ist die, ob nicht die Schatzwechsel durch eine

Unterschrift des Reichsbank-Präsidenten von Hakenstein garantiert werden könnten. Die Regierung hat diese Forderung bereits einmal abgelehnt, doch soll die Frage nochmals ernsthaft erwogen werden. Auf jeden Fall werden die besten Finanztechniker Deutschlands in der Garantiefrage in diesen Tagen gehört werden; besonders, da bereits aus Brüssel Pressemeldungen vorliegen, daß Demelman und Delacroix bereits am Montag in Berlin eintreffen werden, um mit der Regierung Rücksprache zu nehmen. Eine offizielle Mitteilung über das Eintreffen belgischer Delegierter ist der Regierung bislang noch nicht zugegangen.

### Der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei

(E.F.) Konstantinopel, 2. September. Der türkische Generalkommandant teilt unter dem heutigen Datum mit: Die türkischen Truppen im Abschnitt von Asum-Karabissar haben einen großen Sieg errungen. Die Schlacht westlich von der Stadt Asum, die von den Griechen geräumt wurde, hat drei Tage gedauert. Die Griechen, die die strategischen Stellungen in diesem Gebiet besetzt hielten, wollten die Verteidigung organisieren und die türkischen Operationen behindern. Aber die türkischen Abteilungen hatten die Eisenbahnlinie Asum-Karabissar-Karabissar errichtet und dadurch der Griechen den Rückzug abgeschnitten. Die griechischen Divisionen, die westlich von Asum-Karabissar operierten, erlitten eine schwere Niederlage. Sie mußten sich nach dem türkischen Siege bis zur Stadt zurückziehen. Die Schlacht dauerte etwa zwanzig Kilometer östlich der Stadt fort. Der griechische Rückzug hat beträchtliche Ausdehnung angenommen. Man glaubt, daß nachdem die griechische Armee ihre strategischen Stellungen in diesem Gebiet verlor, es für sie sehr schwierig sein wird, sich in dem anderen Abschnitt der Front zu halten. Die griechischen Verluste sind bedeutend. Im Laufe der Schlacht bedienten sich die Türken vieler Flugzeuge, die den zurückfliehenden Feind mit Bomben bewarfen.

### Lloyd George geht nicht nach Genf

(E.F.) London, 2. September. Offiziell wird hier berichtet, daß Lloyd George nicht die Absicht habe, sich zur nächsten Völkerbundtagung nach Genf zu begeben. John Bradburn ist gestern morgen in London eingetroffen und hatte sofort eine lange Besprechung mit Robert Horne. Beide suchten dann Lloyd George auf, um ihm über die Pariser Sitzung Bericht zu erstatten.

### USP- und SPD-Betriebsräte gegen die Kommunisten

In einer gutbesuchten Versammlung nahmen am Sonnabend die USP- und SPD-Delegierten der Betriebsräte-Generalversammlung zu den letzten Ereignissen in der Berliner Betriebsrätebewegung Stellung.

Abrecht schilderte in seinem Referat ausführlich die geschichtliche Entwicklung der Betriebsrätebewegung seit ihrem Entstehen. Er bedauerte daß politische Einflüsse bisher die praktische Tätigkeit der Betriebsräte behinderten. Er forderte den Zusammenschluß aller ehrlichen Kämpfer für die sozialistische Weltanschauung in einheitlichen Organisationen der Partei und Gewerkschaften.

In der lebhaften Diskussion wurde Uebereinstimmung über alle zu treffenden Abwehrmaßnahmen gegen die kommunistische Störungstaktik erzielt.

### Der Reichsbegnadigungsausschuß zusammengesetzt

Der Reichsbegnadigungsausschuß, der von der Regierung auf Grund des Amnestiegesetzes berufen worden ist, hat sich heute im Reichsjustizministerium vorläufig konstituiert und zu seinem Vorsitzenden den Genossen Dr. Moies bestellt. Der Ausschuß trat sofort in Beratung und Beschlußfassung über einzelne bereits vorliegende Gesuche ein. Die Verhandlungen selbst sind nicht öffentlich.

Reichswehr und „Deutschlandlied“. Der Reichspräsident hat in einer Verfügung bestimmt, daß entsprechend seiner Rundgebung vom 11. August 1922 die Reichswehr das „Deutschlandlied“ als Nationalhymne zu führen hat. — Was übrigens nicht verfügt werden braucht, denn die Reichswehr spielt dieses Lied und andere schon längst — noch von Wilhelms Zeiten her —

Die Buchdrucker und Setzer in Wien sind heute in den Ausstand getreten; auch das Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt.

### Teuerung und Kapitalmangel

Die Kursstürze der Mark haben eine katastrophale Lage auch für den deutschen Geldmarkt gebracht. Die gewaltigen Preissteigerungen für alle zur Produktion benötigten Rohstoffe erhöhten auch die Kapitalanforderungen naturgemäß ganz allgemein. Diese Steigerung ist so weit gediehen, daß die Notendrucke bei weitem nicht mehr den vermehrten Bedarf an Geldmitteln zu decken vermögen. In zahlreichen Fällen haben nicht einmal die Gelder zu Lohn- und Gehaltszahlungen aufgebracht werden können. In wenigen Wochen sind die Warenpreise um das Mehrfache gestiegen. Soweit aus dem Auslande zu beziehende Rohstoffe und Lebensmittel in Betracht kommen, trifft das restlos zu.

Die „Vossische Zeitung“ sucht vor einiger Zeit die gewaltige Wirkung des Marksturzes auf dem Kapitalmarkt mit dem Hinweis darauf zu illustrieren, daß vor dem Kriege 1 Kilogramm Baumwolle 1 Mark kostete, und jetzt auf 600—700 Mark gestiegen ist. Sie berechnete, daß eine Fabrik mit 5000 Spindeln 150 000 Kilogramm Baumwolle in einem Monat verbraucht und dafür ein Betriebskapital von hundert Millionen Mark benötigt. Die Baumwollbeschaffung für die gesamte Textilindustrie erfordere ein Kapital von 200 Milliarden Mark. Die Geldverhältnisse haben sich in der letzten Zeit gegenüber den Zuständen vor etwa einem Jahre geradezu umgekehrt. Damals schwammen alle großen Unternehmungen in eitel Sonne. Man erhöhte das Aktienkapital, indem man den Aktionären Gratifikationen überwies. Auf diese Weise verjüngte man, die entwertete Mark den stabil gebliebenen Produktionswerten „anzupassen“. Seit einiger Zeit ist aber auch diese eintief so „vielversprechend“ begründete Bewegung rückläufig geworden. Von März bis Juni d. J. sind die Kapitalerhöhungen von 4400 Millionen im erstgenannten Monat auf 952 Millionen im letztgenannten zurückgegangen. Seit Juli jedoch datiert auch der größte Marksturz, den Deutschland je erlebte. Die Anforderungen an den Weltmarkt sind also seitdem noch viel gewaltiger geworden.

Obwohl die Notendrucke mit Hochdruck arbeitet, vermag sie den Bedarf an neuem Papiergeld trotz aller fortgesetzt vorgenommenen „technischen Verbesserungen“ nicht zu bewältigen. In Oesterreich aber, wo man der „technischen Schwierigkeiten“ Herr wurde, liegen die Dinge noch viel unheimlicher. In Wien wurde am Freitag vom Gebäude der österreichischen Bank hakenweise Papiergeld in Stücken von 50 000 und 100 000 Kronen abgeholt. Da anläßlich des Zusammenstehens des Monatsfesten mit dem Wochenzahltag der Papiergeldbedarf bei den Handelsunternehmungen sowie bei den Banken mehrere Milliarden beträgt. Der Notenumlauf ist nach amtlichen Angaben auf 1148 Milliarden gestiegen und er dürfte Ende dieser Woche anderthalb Billionen betragen, da der Staat allein mehr als 300 Milliarden für seine Auszahlungen benötigt.

Auch die Regierungsstellen des Deutschen Reiches und der Staaten brauchen enorme Geldmengen mehr, als vor dem letzten Marksturz. Die Steuereingänge erhöhen sich automatisch nur bei der Einkommen- und Umsatzsteuer entsprechend den gestiegenen Löhnen und Preisen. Beides zu Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Besitzenden zahlen ihre Steuern zum größten Teil in entwerteter Mark, wodurch die finanzielle Wirksamkeit der Einkünfte des Reichs ganz wesentlich unter der bei der Staatsfestlegung in Ansatz gebrachten Wirksamkeit zurückbleiben muß. So ist auch das Reich in erhöhtem Maße auf Zahlungen lediglich mit Hilfe der Notendrucke angewiesen.

Der so über alles bisher bekannte Maß hinaus gesteigerte Notendruck beschwört aber neue Katastrophen herauf. Gewiß erfordert die Zirkulation heute vermehrte Umlaufmittel. Jede Vermehrung versperst aber auch in erhöhtem Grade die Tore zur Rückkehr einigermaßen erträglicher Wirtschafts- und Finanzverhältnisse. Brauchten wir, wie es vor einigen Wochen im „Berliner Tageblatt“ dargelegt wurde, im Frieden etwa sechs Milliarden Goldmark Umlaufmittel, und sind sie, obwohl der Rückgang durch Produktionseinschränkungen und Gebietsverluste den Bedarf rund auf vier Milliarden Goldmark ermäßigte, auf zwei Milliarden Goldmark zusammengeschrumpft, so ist es dennoch ein höchst gefährliches Beginnen, das Manko lediglich durch Papiergelddruck wieder weit zu machen. Vermehrung des

Papiergeldes ruft selbst wieder Preissteigerungen hervor, sobald dabei eine gewisse Grenze überschritten wird.

Was die Reichsbank gegen diese Gefahren bisher unternahm, ist durchaus unzureichend. Sie erhöhte den Diskontsatz von 5 auf 6 und schließlich auf 7 Prozent. Zur gleichen Zeit wurden jedoch im privaten Geldverkehr weit höhere Zinssätze gezahlt. Sie stiegen zeitweise sogar auf 30-40 Prozent, dürften aber im Durchschnitt mindestens 12 Prozent betragen. Die deutsche Wirtschaft steht heute offenbar vor großen Gefahren. Sie hat in der Hoffnung durch immer mehr geschwächte Valuta das Ausland sich unterwerfen zu können vollends unterlassen, den Bestrebungen auf Stabilisierung der Währung durch Balancierung des Haushalts Gehör zu schenken. Heute scheint ihr nur noch Rettung erblich zu kommen durch Kapitalüberfremdung. Doch auch dazu fehlen vorerst noch die Vorbedingungen, vor allem das Vertrauen der ausländischen Kapitalbesitzer.

So gewinnt auch das Bestreben der deutschen Kapitalmagnaten, das auf die Stärkung des Vertrauens der französischen Industriellen und auf die Verständigung über die gemeinsame Abgrenzung der Märkte hinausläuft, erhöhte Bedeutung. Der Hintergrund ist offenbar, die Ententemacht gegen empfindliche Besitzbesteuerung zu interessieren. Daneben ist dieses Verhalten auch zweifellos von der Befürchtung diktiert, die deutschen Arbeiter könnten durch geschlossenes Auftreten so an Macht gewinnen, daß die Abwehr der Besitzsteuern, der Erfassung der Sachwerte oder gar der Sozialisierung unmöglich gemacht, zum mindesten jedoch sehr erschwert werden könnte. Die ursprünglich mit der Absicht auf Einbringung eines Zweimilliarden-Goldwertes geplante Zwangsanleihe ist schließlich auf sechzig Milliarden Papiermark herabgesetzt. Später hat man sie wieder auf sieben Milliarden Papiermark erhöht. Aber diese sieben Milliarden stellen heute noch nicht einmal eine Fünftelgoldmilliarde dar. Das ist ein sprechender Beweis dafür, daß die Besitzenden nicht daran denken, auch ihrerseits einen ihren Kräften entsprechenden Beitrag zur Wiederaufrichtung der deutschen Mark beizutragen. Die Erfassung der Sachwerte wurde bisher in der schärfsten Weise bekämpft und steht seit langem außer jeder Diskussion. Ohne solche durchgreifenden Maßnahmen ist aber nicht zu erwarten, aus dem tiefsten Dred herauszukommen.

Um so mehr ist es notwendig, daß auch die Arbeiter allen diesen Erscheinungen die größte Aufmerksamkeit zuwenden und sich rüsten, der sich wieder festigenden Allianz der Kapitalisten aller Länder die geschlossene Kampffront des Proletariats entgegenzustellen.

## Die erste Steuerungsverordnung in Preußen

Am Sonnabend wurde, entsprechend den Beschlüssen des preussischen Staatsministeriums in seiner Freilagssitzung, die erste Verordnung des Ministeriums des Innern verkündet, die sich mit den Auswirkungen bei der Preissbildung und der Unterlassung einer gewissenhaften Preisberechnung, die die Preise ohne Rücksicht auf Versteigerungskosten, auf Inlands- oder Auslandswaren einfach nach den höchsten Dollarkursen festsetzt und vielfach mit unantastbarer Zurückhaltung von Waren arbeitet, beschäftigt. Um das gewissenlose Treiben unantastbarer Elemente zu unterbinden, macht der Innenminister die nachdrückliche Befolgung seiner früheren Bureauserlasse zur strengsten Pflicht. Uebervacht werden soll seitens der Behörden vornehmlich die Preisgestaltung der notwendigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs wie des Bieres, Zuckers, der Fette, der Milch, des Brotes, der Kartoffeln, der Eier, des Öls und des Gemüses, der Kleidungsstücke, Wäsche und Schuhwaren sowie des Holzes und der Kohlen. Die Polizeibehörden sollen in diesem Zwecke bei Erzeugern und Händlern, auf Märkten, in Betrieben und Geschäften die Preise nach den maßgebenden Grundsätzen der Preisberechnung, nach den Versteigerungskosten, nachprüfen. Die Vorschriften über Preisschilder und Preisverzeichnisse sind sofort wieder in Kraft zu setzen und ihre Durchsicht streng zu überwachen. Bei Strafanzeigen aus der Bevölkerung haben die Beamten, den die Anzeige erhaltenden Personen nicht nur entgegenzukommen, sondern auch zur Hand zu gehen und festgestellte Bureauserlässe mit äußerster Beschleunigung der Strafvollstreckungsbehörde mitzutellen. Die Preisprüfungsstellen sollen ihre wichtige Aufgabe wieder aufsuchen und tatkräftig durchführen.

Am Montag wird, wie die P. P. R. von unterrichteter Seite erfahren, eine zweite Verordnung des preussischen Innenministeriums ergehen, der zufolge die Bewilligung von Konzessionen für den Anschlag von geistigen Getränken sowie für den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus auf das Äußerste eingeschränkt werden soll. Insbesondere sollen neue Konzessionen nicht mehr erteilt werden.

## Trübe Aussichten für die Arbeiter

In einer Besprechung des bisherigen Ergebnisses der Leipziger Messe schreibt unser Leipziger Bruderblatt, die „Volkszeitung“:

Die bürgerliche Presse stellt fest, daß die Leipziger Messe trotz des starken Andranges geschäftlich ein Fiasko war. Auf inländische Nachfrage großen Umfangs habe man keineswegs nicht gerechnet, doch auch das Ausland habe versagt! Nur einzelne Erzeugnisse, insbesondere die Textilindustrie, hätten ähnliche Erfolge gehabt. Die Leipziger Messe ist ein Makabrum für den Beschäftigtenstand der deutschen Industrie. Da Nachfrage in großer Zahl nicht einzuzeichnen ist, so wird bald mit Verleseneinschränkungen, Arbeiterentlassungen zu rechnen sein, wenn nicht doch noch ein Umschwung eintritt. Auf den ist aber kaum zu hoffen. Die letzte wirtschaftliche Periode ist allgemein als eine Scheitersonne zu bezeichnen worden, mit deren Ende zu rechnen sei. Dieses Ende scheint jetzt zu nahen. Das ist soweit gekommen ist, was zum Teil an der unersättlichen Profitgier der deutschen Großindustriellen, Großhändler und Großgrundbesitzer. Durch die fortwährenden gewaltigen Preissteigerungen ist die Industrie auf einen Stand gelangt, auf dem sie auf dem Weltmarkt nicht mehr erfolgreich konkurrieren kann. Dabei

ist der Reallohn des deutschen Arbeiter sehr niedrig; er kann sich kaum die allererstenbedürftigsten Nahrungsmittel kaufen. Die Preise einer ganzen Reihe Nahrungsmittel und Rohstoffe stehen aber über den Weltmarktpreisen. Da muß eine Reaktion eintreten. Die deutsche Industrie verliert auf dem Weltmarkt ihre Absatzgebiete. Der Inlandsmarkt leidet ohnehin darunter, da der deutsche Arbeiter fast alles, was er verdient, für Nahrungsmittel ausgeben muß.

Im Kriege haben wir uns zu Tode gekümmert; jetzt verdienen wir uns zu Tode.“ Diese Worte eines deutschen Großindustriellen scheinen jetzt in Erfüllung zu gehen. Dabei denkt man nicht an eine Umkehr. Neue Preissteigerungen werden ähnlich angekündigt. Von ernstlichen Reaktionsmaßnahmen gegen die Teuerung ist nichts zu hören. Was in den letzten Tagen verprochen ist, reicht nicht aus, ist zu spät und unzulänglich. So, man ist dabei, den Großgrundbesitzern, denen es wirtschaftlich allmählich geht, höhere Preise für das Umlagegetreide zu bewilligen. So steuern wir immer mehr in eine furchtbare Katastrophe hinein, aus der die Arbeiterklasse nur herauskommt, wenn sie vereint den Klassenkampf auf der ganzen Linie aufnimmt und die heillos verfahren Profitwirtschaft zu einer sozialistischen Bedarfswirtschaft umgestaltet.“

## Das Brot noch nicht teuer genug

In diesen Tagen weisen wir darauf hin, daß die Einheitsfront für den Brotwucher von dem demokratischen „Berliner Tageblatt“ über das Zentrumsorgan „Germania“ bis zur agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ wieder hergestellt ist. Alle drei Blätter redeten der Erhöhung des Preises für Umlagegetreide das Wort, obwohl doch wohllich selbst der Preis für Marktbrot hoch genug gestiegen ist und in der letzten Zeit wiederholte Steigerungen erfahren hat. Jetzt unternimmt das „Berliner Tageblatt“ abermals einen Vorstoß, um eine Erhöhung des Umlagegetreidepreises zu begründen bzw. durch ein führendes Mitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, an das sich die Redaktion gewandt hatte, begründen zu lassen.

Den Landwirten, so wird im Tageblatt argumentiert, kann nicht zugemutet werden, die im Umlageverfahren abgelieferte Getreidemenge von 25 Millionen Tonnen zum Drittel des im freien Handel üblichen Preises abzugeben. Allein für das vergangene Jahr wird eine Geldeinbuße von über 14 Milliarden Mark für die Landwirte herausgerechnet.

Diese Zahlenangaben des „Berliner Tageblatts“ sind rein willkürlich. Auf jeden Fall bedeuten sie, wenn man diese Milchmädchenrechnung allgemein anwendet, einen Pappentitel gegenüber den Geldeinbußen anderer Stände, vor allem aber der Arbeiterschaft. Die Getreidepreise im freien Handel hatten sich bis zu dem furchtbaren katastrophalen Marksturz den Weltmarktpreisen genähert, sie zum Teil sogar erreicht. Nur etwa ein Viertel des Erntertrages mußte als Umlagegetreide zu einem niedrigeren Preise abgeliefert werden. Dieses sogenannte Opfer bedeutet nichts gegenüber den Preissteigerungen für das nicht im Umlageverfahren erfasste Getreide und den Preissteigerungen für alle anderen landwirtschaftlichen Produkte, so der Kartoffeln und der Meiereiprodukte, die gegenüber der Vorkriegszeit um das hundert- und mehrhundertfache gestiegen sind. Dem ist nicht genug, erfahren die Agrarier bei der Steuerzuteilung eine geradezu aufreizende Begünstigung.

Ganz unberücksichtigt läßt das „Berliner Tageblatt“ mit seinem Artikel, der sich für die Notwendigkeit der Produktionssteigerung der Landwirtschaft ausspricht, die Verhältnisse der an der Produktion doch sicher stärker als die Grundbesitzer beteiligten Landarbeiter. Die Löhne der Landarbeiter werden in der Abhandlung des Tageblatts überhaupt nicht berührt. Aus begrifflichen Gründen. Denn es wäre selbst dem führenden Mitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft unmöglich, für das Getreide ganz allgemein Weltmarktpreise zu fordern, während die Landarbeiter mit Löhnen abgefunden werden, die nur einen geringen Bruchteil der Löhne sind, die beispielsweise die Landarbeiter in Dänemark, England und Amerika erhalten. In diesem Falle hätte das „Berliner Tageblatt“ wohl von einer Rot der Landarbeiter nicht aber von einer solchen der Landwirtschaft reden können. Schließlich widerlegt sich sein Gewährungswort selbst, denn er muß zugeben, daß die Landwirtschaft entschuldigt ist, entschuldigt dank der hohen Preise, die für landwirtschaftliche Produkte einschließlich Getreide bezahlt werden.

## Münchener Putschabsichten

Forstrat Eicherich, der Gründer der Orgei, und verschiedene wirtschaftliche Verbände Bayerns, die der Bayerischen Volkspartei nahestehen, erleiden im Laufe des gestrigen Tages eine Erklärung, in der sie davor warnen, die Erregung des bayerischen Volkes über die letzten Berliner Abmachungen zu einem Putsch auszunutzen. Putschversuche würden sie mit allen Mitteln bekämpfen und unterbinden.

Diese Erklärungen sind symptomatisch für die Verhältnisse in Bayern. Die Geister, die die Eicherich, die Heim und die übrigen Macher der antirepublikanischen Bewegung in Bayern gerufen haben, sind ihnen über den Kopf gewachsen, zum mindesten im gegenwärtigen Augenblick unheimlich. Deshalb möchten sie sie zurückrufen. Eine andere Frage ist indessen, ob die Putschbewegung noch bekannt werden kann. Auf jeden Fall ist es bezeichnend, daß im Oberland rechtsradikale Putschisten sich in Massen gesammelt haben, nach München gezogen und dort zum Teil im Münchener Realgymnasium untergebracht worden sind. Die Erlaubnis zum Betreten dieser fliegenden Kaserne erhielten sie vom Reichswehrgeneral Mosch. Wie sehr diesen Rechtsputschisten der Kamm geschwollen ist, erhellt aus dem Umstand, daß vorletzte Nacht auf die Wohnung des bayerischen Hauptmanns Schilling, dessen republikanische Gesinnung bekannt ist, ein Anschlag verübt wurde.

Gegenüber die Absichten der Reaktion rufen die sozialistischen Parteien in erhöhter Wachsamkeit auf. Die Republikaner aller Stände, besonders die organisierte Arbeiterschaft, wird aufgefordert, sich in Bereitschaft zu halten, und einem Anruf der Zeitung zu folgen. Gleichzeitig warnt der Aufruf vor Provokationen und mahnt zu strenger Disziplin.

## Deutsch-belgischer Zwischenfall

Am Freitag um 3.30 morgens wurde in Oberkassel ein belgischer Posten durch Revolvergeschüsse getötet, ein Unteroffizier, der ihm zu Hilfe eilen wollte, ebenfalls erschossen. Als die Wache einschritt, sah man mehrere Männer fliehen. Die Wache drang in verschiedene noch ge-

öffnete Gasthäuser ein und verhaftete etwa 12 Personen. Die Untersuchung dauert an. Die belgische Regierung hat dem General Kucquoy befohlen, in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen abhalten zu lassen und den deutschen Behörden mitzuteilen, daß, falls die Schuldigen nicht innerhalb sechs Stunden verhaftet seien, die deutschen Behörden verhaftet würden. Von der deutschen Regierung werden Entschuldigungen gefordert. Weitere Maßnahmen werden vorbehalten. Aus den vorliegenden Meldungen ist über das Motiv der Tat, über die Täter und über die näheren Umstände nichts Sicheres zu erfahren. Es bedarf einer besonderen Versicherung nicht, daß ein Mordmord, wenn ein solcher begangen wurde, gleichgültig an mein er begangen wird, strengste Mißbilligung findet. Eine sofortige Aufklärung liegt nicht nur im belgischen, sondern auch durchaus im deutschen Interesse.

## Zum Verbot der „D. A. Z.“

Das Berliner Stinnesblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist, wie wir gestern kurz meldeten, auf Grund des Schutzgesetzes der Republik auf acht Tage verboten worden. Den Anlaß hierzu gaben zwei Artikel, die sich mit der Reparationsfrage beschäftigten und von denen der eine Paul Lensch zum Verfasser hat. In diesem Artikel wird der Regierung „sprachwörtliche Unzuverlässigkeit“ vorgeworfen. In dieselbe Kerbe haut auch der andere Dr. E. A. gezeichnete Artikel, der erklärt, daß wohl „gewisse Personen“, in der heutigen deutschen Regierung noch innen und außen kreditwürdig sind“ und schließlich in der Forderung ausklingt, daß „in der deutschen Politik alle Demagogen und Phantasten, alle sozialen Quacksalber und Rezeptverschreiber, in den Schatten zurücktreten, aus dem sie zu Deutschlands Unglück in dunkler Zeit hervorgekommen sind“.

Es ist vollkommen begreiflich, daß der Reichsregierung derartige Angriffe höchst unheimlich sind, aber daraus das Recht eines Verbotes heranzuleiten, acht nicht an. Der Sinn der Schutzgesetze ist ein ganz anderer, als ein Pressemaßnahmen. Sie sollten vornehmlich gegen gewisse Verbände gerichtet sein und sich nur gegen gewisse Zeitungen richten die aus Feindschaft wegen ihrer Verbindung mit gewissen Organisationen die Regierung und ihre Maßnahmen heruntersetzen zum Zwecke der Mordhose. Was sich die „D. A. Z.“ leistete, war zwar ein Mißbrauch der Pressefreiheit, aber unferes Erachtens kein Anlaß zu einem Verbot. Der Lensch und seine Manierung vom linksradikalen Sozialisten zum Stinnesredakteur kennt, wird seine Schreibereien nicht sonderlich ernst nehmen. Ihm noch eine Parteykronen zu verleißen, erscheint überflüssig.

Wichtig erscheint uns dieser Artikel nur, weil er die Absichten des Herrn Stinnes vollkommen aufdeckt. Diese gehen nämlich auf nichts weniger hinaus, als die Arbeiterschaft Deutschlands an Stinnes zu koppeln, da nur in dem Zusammengehen der Industrie und der deutschen Arbeiterschaft die einzige noch vorhandene Möglichkeit deutscher Leistungsfähigkeit und deutschen Lebens eingeschlossen liegt. Und ganz unverblümt wird auch ausgesprochen, daß der Weg, auf dem dieses Zusammengehen zu erfolgen hätte, nicht der der Erfüllung, sondern der Nichterfüllungspolitik sei.

Damit läßt Lensch zum ersten Mal die Karte aus dem Saal springen und somit wird auch vollkommen klar, warum Stinnes so großen Wert darauf gelegt, einen Menschen wie Lensch, zum Chefredakteur seines maßgebendsten Blattes zu bekommen. Lensch als Erzsozialist soll als Verbindungsman dienen und die Verkopplung der deutschen Arbeiterschaft mit Stinnes perfekt machen.

## Deutschnationale Mörder und republikanische Justiz

Der „Vorwärts“ weiß zu melden, daß die wegen Mordverdacht an Rosa Luxemburg unter Anklage stehenden Offiziere Krull und Bracht noch eines anderen Verbrechens dringend verdächtig sind. Beiden Verdächtigen wird vorgeworfen, veranlaßt einen Anschlag gegen Barbus-Delpand bis ins einzelne vorbereitet zu haben. Es handelt sich dabei um einen Bandenaktionisten, als A gegen Varbus in dessen Villa in Schwaneberg, die in die Luft gesprengt werden sollte. In letzter Minute wurde das Attentat entdeckt und dadurch verhindert.

Das schönste jedoch ist daß bis heute noch nichts bekannt ist, ob Krull und Bracht festgenommen sind, obwohl es wiederholt öffentlich gefordert wurde. Wir meinen, gegen solche gemeingefährlichen Verbrecher müßte unbedingt die Gesellschaft geschlossen werden.

Was soll man jedoch von einer Justiz noch erwarten, über deren Verhalten zu deutschnationalen Mördern folgendes bekannt wird. Die „Welt am Abend“ weiß von der Verhandlung des Reichsanwalters Tschow im „Europa-Hotel Moabit“ zu melden:

„An Stellen, die es genau wissen wollen und mit Anhängern der Tschow und Anhörigen Fühlung haben, spricht man gegenwärtig davon, daß eine Anzahl von Putschisten damit beschäftigt ist, den in Moabit untergebrachten Tschow auf seinen Geistesanhang an unterzuchen. Wie der eine Krat, ein deutschnationaler Herr, geäußert haben soll, hat man die Hoffnung, Tschow, der homöopathisch sei, für die Wohltat des 8. 11. (Störung der Geistesfähigkeit, wodurch freie Willensbestimmung ausgeschlossen war) reif zu bekommen. Einer der Herren, die bei Tschow aus- und einziehen, soll zu seiner Verleumdung geäußert haben: „Dinter Tschow stehen gegenwärtig Millionen!“ — Tschow soll in einem heuonder immer im sogenannten Kleinen Haus in Moabit untergebracht sein, in dem „bessere Verbrecher“ eine Wohnung beachten. Schon dieses Gerücht klingt unanständig. Noch mehr das Gerücht, daß der Mordmord jederzeit rauchen, nicht brennen. Besuche von Gleichgesinnten (!) empfangen und bis zu beliebiger Stunde schlafen dürfe.“

Wir wissen nicht, ob diese unanständig klingenden Nachrichten wahr sind, halten sie jedoch durchaus für wahrscheinlich, wenn wir an die vielen Verbrechen denken, deutschnationale Verbrecher vor dem Strafgericht zu retten, indem sie möglichst als geisteskrank erklärt werden. Auf alle Fälle müßte eine sofortige Untersuchung und Aufklärung über die Angaben des republikanischen Abendblattes erfolgen.

Heinrich Dieß Bestattung Am Freitag wurde Heinrich Dieß unter großer Beteiligung der Stuttgarter Arbeiterschaft und zahlreicher Vereinen aus dem Reich im Stuttgarter Krematorium beigesetzt. Für die U.S.P. sprach General Gröppel dem Dahingegangenen Worte letzten Gedankens.

Amoreise deutscher Industrieller durch Rußland. In Petersburg sind auf der Reise von Eisen nach Sibirien mehrere Vertreter der deutschen Industrie im Automobil eingetroffen; sie haben die Strecke Eisen-Petersburg in sechs Tagen ohne Zwischenfälle zurückgelegt. In Petersburg beabsichtigen sie Verhandlungen über Waldkonzessionen und über die Pachtung großer Metallwerke zu führen, um dann nach Moskau weiter zu reisen.

# Massenmord von Gesehes wegen

Die „Deutsche Strafrechtszeitung“ veröffentlicht einen Gesetzentwurf des Stadtrats Borchardt in Regnitz unter dem Titel „Gesetz zur Freigabe der Tötung unheilbarer Geisteschwacher“. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Entwurfs lauten:

- § 1. Die Tötung unheilbarer Geisteschwacher ist straflos, wenn sie nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgt.
- § 2. Die Freigabe der Tötung erfolgt nur auf Antrag. Antragberechtigt sind: der gesetzliche Vertreter, Eltern, Geschwister und, wenn für die Pflege des Geisteschwachen öffentliche Mittel angewendet sind, der zuständige Armenverband.
- § 3. Der Freigabeentscheid wird bei den Oberlandesgerichten gebildet. Er besteht aus einem Senatspräsidenten als Vorsitzenden, einem Oberlandesgerichtsrat und drei Sachverständigen, die von der medizinischen Fakultät der im Bezirk des Oberlandesgerichts gelegenen Universität gewählt werden, als Mitglieder.
- § 4. Die Entscheidung des Freigabeausschusses erfolgt durch Beschluss. Der Beschluss darf auf Freigabe der Tötung nur lauten, wenn mehr als drei Mitglieder des Ausschusses dafür stimmen. Andernfalls ist der Antrag abzuweisen.
- § 5. Der zuständige Kreisarzt ist verpflichtet, die Tötung auf Verlangen des Antragstellers zu vollziehen.
- § 6. Die Tötung ist in sachkundiger Weise schmerzlos zu vollziehen.

In der Begründung lesen wir:  
Nach der Statistik kamen im Deutschen Reich auf 10 000 Einwohner 18,9 Blödsinnige, das ergibt bei rd. 60 Millionen Einwohnern 88 400! Rechnet man nur 50 v. H. hiervon als lebenswert, so bleiben doch noch 41 700 Blödsinnige, die ihr Leben lang an einem solchen Humanitätsgefäß heraus verpflanzt werden, ohne je etwas Produktives für die Gesamtheit zu leisten.

Borchardt berechnet die jährlichen baren Kosten mit 115 Millionen. Darüber laßt er:

„Diele auch in der heutigen Zeit der Milliardenwerte nicht unerhebliche Summe würde frei für andere Zwecke, ganz abgesehen davon, daß die gewaltigen Anstaltsgebäude und das gesamte Pflegepersonal für eine bessere Verwendung frei wären. Alle die Häuser, die die moderne Wohlfahrt und Kulturpolitik schon lange heutzutage aber wegen Geldmangels unerschließbar sind, könnten verwirklicht werden, wenn wir die Idiotenanstalten und die 115 Mill. Mark jährlich freibekämen. Alters-, Kleinentner-, Krüppelheime, Volkshochschulen, Waisenhäuser würden entstehen; und hat dessen jetzt? — Es ist eine veritable Vorstellung, daß ganze Generationen von Pflegern neben diesen leeren Menschenhöfen dahinschliefen, von denen nicht wenige 70 Jahre und älter werden.“

Es geht doch nichts über Gemütsmenschen. Die geschriebenen Körperkassen brauchen nur zusammen und die Abschaffung von 41 700 „leeren Menschenhöfen“ kann beginnen. Warum denn aber erst Idioten in die Welt setzen? Das Problem, an dem Borchardt hier in so läppischer Weise räth, ist innig mit der Alkoholfrage verknüpft. Vängt hat die Wissenschaft einwandfreies Soßeumaterial beigebracht, daß die weitest größte Zahl der Idioten aus Trinkerfamilien stammt. Trinkerfamilien haben in 4-5 Generationen aus. Bis dahin aber hat jede Trinkerfamilie mehrere Hundert Nachkommen erzeugt, die zum großen Teile, ja oft fast ausschließlich, Idiotenanstalten, Gefängnisse und Irrenhäuser bevölkern. Es wäre doch viel naheliegender, Trinkerindividuen von der Fortpflanzung auszuschließen und die „leeren Menschenhöfen“ erst gar nicht auf die Welt kommen zu lassen. Es wäre auch viel eher angebracht, daß der Staat der Schnapspest tatkräftig entgegenzuträte, statt sie zu fördern. Da wir gerade beim Geldersparen sind — das ist ja das treibende Motiv Borchardts —, möchten wir einen Vorschlag machen, der mehr einbringt als nur 115 Millionen Mark. In den deutschen Gefängnissen und Irrenhäusern saßen vor dem Kriege im Durchschnitt ständig 400 000 Personen. Wohl in Deutschlands Gebiet verkleinert, aber die Kriminalität zuzunehmen. Die Zahl dürfte auch heute so ziemlich stimmen. Diese 400 000 Menschen werden auch beim humansten Strafvollzug in unseren Gefängnissen in arger Weise gequält. Die Ernährung ist unzureichend, vor allem fettarm. Gedeckert wird keiner. Andererseits aber kosten die Gefangenen dem Staat das Vielfache von den 115 Millionen der Idioten, denn ihre Arbeit bringt nicht einseiner die Kosten ihres Unterhalts ein. Nun wird man freilich gewisse Klassen wie Zittlerfeldverbrecher und Raubmörder immer härteren müssen. Auch dann noch bleiben viele Zehntausende Strafgänger, die dem Staate nützliche Arbeit leisten und Millionenwerte schaffen können. Man führe an Stelle der Gefängnisse die Zwangsarbeit ein, schaffe ein Freilustgefäß, bauen, rekrutiert weniger aus der Vertreibung des Bodens, sondern hauptsächlich aus den unerschwinglichen Materialkosten, vor allem der Regel. Warum soll es nicht möglich sein, 40 000 bis 50 000 Strafgänger ihre Strafe verbüßen zu lassen, indem sie für den Staat Regel brennen? Beim Aktivieren von Feldarbeitern könnten andere Zehntausende verwandt werden. Allerdings müßte dann mit dem heutigen jedem Gefangenen vernichtet. Es müßte dem Gefangenen ein Anteil an dem Wert seines Arbeitsproduktes eingeräumt werden, der mit der Arbeitsleistung steige und wirkungsvoll nennenswerte Höhe erreicht. Heute erhält der Gefangene nur einen lächerlich geringen Bruchteil. — Wege zum Sparen gibt es schon, ohne daß man in die Sitten niedrigstehender Dabarenvölker zurückzufallen braucht, wie Borchardt das vorschlägt.

## Der DSB ein Geheimbund?

(E. A.) Das Hamburger Echo veröffentlicht Statuten und Absichten zweier innerhalb des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes bestehender reaktionärer Geheimorganisationen, des Bundes der Unbedingten, und des Ringes der Beizenen. Diese Geheimbünde scheinen nach dem beigebachten Material die eigentliche Führung des DSB darzustellen. Die Zeitschrift des Ringes der Getreuen führt denn auch den Titel Führerbriefe.

Der DSB ist an sich gar verdächtig, ein reaktionärer Geheimbund zu sein. Anlässlich des Rapp-Putsch hat der Vorstand an sämtliche Ortsgruppen folgendes Telegramm geschickt:

„Verband enthält sich jeden politischen Streiks, muß neutral bleiben. Rücksprache Berliner Vertretung mit Rapp sichert unbedingt Angestellteninteressen.“ Dieser offenen Partei-nahme für Rapp hat der DSB, wenige Monate später streng vertrauliche Richtlinien zum Kampf

# Poincarés Antwort an England

Poincaré richtet an den britischen Botschafter in Beantwortung der durch Lord Balfour der französischen Regierung am 1. August übermittelten Note betreffs Regelung der interalliierten Schulden, ein Schreiben, in dem es heißt, die französische Regierung sei wie die britische Regierung überzeugt, daß das Reparationsproblem keine endgültige Lösung finden kann, wenn es nicht in irgendeiner Form mit dem Problem der interalliierten Schulden verknüpft wird. Es scheint ihr nötig, daß diese Frage in Kürze nach jeder Seite hin geprüft werde durch eine Konferenz, zu der alle beteiligten alliierten Staaten ohne Ausnahme berufen würden. Dies hätte bei der letzten Konferenz in London geschehen können, wenn die britische Regierung nicht im Voraus durch ihre Note vom 1. August ihre Stellungnahme festgelegt hatte dadurch, daß sie die französische Regierung ersuchte, sich darauf vorzubereiten, in dem Maße zu zahlen, in welchem England genötigt sein werde, an die Vereinigten Staaten zu zahlen. Das Schreiben Poincarés macht dann darauf aufmerksam, daß die Kriegsschulden der Alliierten und die Reparationsschulden nicht einander abgegolten werden könnten, da die ersten alle im Interesse der gemeinsamen Sache aufgenommen seien. Die Einkünfte, zu denen sie dienen, hätten sämtlich zum Siege beigetragen.

Während der Vorbereitung des Friedensvertrages hätten die siegreichen Länder zum ersten Male in der Geschichte beschlossen, von dem besiegten Land keine Kriegskosten zu fordern.

Wenn die Zahlung der Kriegsschulden verlangt würde, so würde ein Teil der Kosten auf diejenigen alliierten Länder zurückfallen, die militärisch die größte Anstrengung gemacht und die schwerste Last des Krieges auf sich genommen hätten. Die alliierten Schulden seien nicht für den eigenen Nutzen einzelner Staaten, sondern für das gemeinsame Ziel gemacht worden.

Dagegen ist die Reparationsschuld Deutschlands, so heißt es in dem Schreiben weiter, die Folge freiwilliger und in der Mehrzahl überflüssiger Verstärkungen und der Zahlung der Pensionen. Diese notwendige Reparation muß natürlich den Vorrat vor jeder anderen Regelung haben, soweit Frankreich in Frage kommt. Am meisten durch die Verstärkung seines Gebietes betroffen, hat es sich gezwungen gesehen, da die von Deutschland vorerwahnten Zahlungen nicht geleistet wurden, selbst an den Wiederaufbau der zerstörten Provinzen heranzutreten. Die Vorkasse, die es aus diesem Grunde gemacht hat, verursachen den gegenwärtigen Nettobetrag in seinem Haushalt.

Es kann für Frankreich nicht die Rede davon sein, irgendeine Regelung der Schulden, die es während des Krieges eingangs, in Erwägung zu ziehen, so lange die Ausgaben, die es vorgenommen hat, und die es noch vornehmen muß für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete, nicht durch Deutschland direkt oder durch eine Kombination gedeckt sind, die es erhalten würde, bald ein ansehnlichen Teil der Forderung zu mobilisieren.

Sobald Deutschland einmal dieser Verpflichtung nachgekommen ist, die vor allen anderen den Vorrat haben muß, würde die französische Regierung keinen Widerspruch dagegen erheben, daß man eine allgemeine Regelung der interalliierten Schulden in Erwägung zieht. Außerdem werden, wenn es sich für die französische Regierung darum

handeln wird, insbesondere die Reklama der britischen Korporation zu prüfen, gewisse Erwägungen berücksichtigt werden müssen.

In erster Linie wird die französische Regierung, die in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien nur Geld aufgenommen hat, um ihre eigenen Einkünfte zu decken, und ohne daß damals von der Garantie eines Dritten die Rede war, einen Unterschied zwischen den gegenüber diesen beiden Ländern eingegangenen Kriegsschulden machen müssen.

Ein Teil der französischen Schuld gegenüber den Vereinigten Staaten entstand nach dem Waffenstillstand, um den Ankauf amerikanischer Vorräte sicherzustellen, die für den französischen Staatsschatz wieder verkauft wurden. Bei diesem Teil handelt es sich um eine zweifellos geschäftliche Schuld. Für den Rest der amerikanischen Forderung gegenüber Frankreich kann man die gleiche Begründung anführen, wie für die anderen interalliierten Schulden. Man darf aber nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten sind, ohne daß ihre Existenz direkt bedroht war, wie die Frankreich, das außerdem nicht allein seine Unabhängigkeit und sein Gebiet zu schützen hatte, sondern auch Leben, Besitz und Existenzmittel seiner Staatsangehörigen.

Außerdem muß der Betrag der britischen Forderung, der effektiv noch nicht zahlenmäßig festgelegt ist, gescheitertweise Gegenstand einer Überprüfung sein.

So hat z. B. bei der Ueberweisung von Material und Lebensmitteln zwischen den Alliierten die englische Intendantur sich die von ihr gemachten Leistungen zu einem erhöhten Preise gutgeschrieben und diese, um die allgemeinen Unkosten und die Ausführungsgebühren des britischen Risikos sicherzustellen, erhöht, während im Gegenzug die französische Intendantur die Ueberweisungen an die englische Armee zu den inneren Tarifen berechnet, wie sie bei Ueberweisungen von einer französischen Abteilung berechnet werden, ohne die allgemeinen Unkosten oder Steuern zu berücksichtigen.

Wenn daher der Stand der für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete geleisteten Zahlungen Frankreich eine Regelung der Schulden zwischen den Alliierten gestattet, so wird dieser Regelung eine genaue Prüfung vorhergehen müssen, um den Betrag der Schulden auf gerecht und gleichmäßig angelegter Grundlage festzusetzen.

Sie wird außerdem so allgemein wie möglich sein müssen. Die französische Regierung beansprucht in dieser Hinsicht behandelt zu werden, wie sie selbst die gemeinsamen Alliierten behandelt. Sie fordert nun nicht die Zahlung von Summen, welche die Alliierten ihr schulden. Sie gibt sich darüber Rechenschaft, daß moralisch oder materiell eine derartige Forderung gegenwärtig unzulässig wäre, und denkt selbst nicht daran, sie aufzustellen.

Der Brief schließt: „Wenn auch die Regierung der Republik den Welt eilt, in dem die britische Regierung das Problem der interalliierten Schulden zu regeln wünscht, so glaubt sie doch ihre Aufmerksamkeit auf die vorstehenden Erwägungen lenken zu sollen. Unter diesem Vorbehalte ist sie, wie die englische Regierung, der Ansicht, daß die allgemeine Regelung der Schulden, wenn sie um den Preis gegenseitiger Opfer durchgeführt würde, für die Menschheit gewinnbringend wäre.“

gegen etwaige künftige Generalkrisen folgen lassen. Diese Richtlinien weisen an, möglichst sofort die ganze Lebensmittelversorgung der Städte ins Stocken zu bringen und die Arbeit in den Volkshäusern, in der Expedition und in der Rasse aller Unternehmungen, namentlich in den Industriebezirken und im Bergbau, so zu sabotieren, daß sich niemand mehr darin zurechtfindet. Wenn zu diesen offenen reaktionären Unternehmungen jetzt noch reaktionäre Geheimbünde innerhalb des DSB hinzukommen, dann dürfte diese Organisation reif für das Gesetz zum Schutze der Republik sein.

Wir bemerken dazu noch, daß die „Freiheit“ von demselben DSB, mit einem Prozeß bedroht wurde wegen eines Artikels: „Hinter den Kulissen der Organisation C“, worin wir auf die reaktionären Treiber des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hindeuten. Ob wohl die Anklage erhoben wird?

## Das fehlte noch!

Die Schandtat des Baltikumgeständes, das in den Ostprovinzen raubend und plündernd, mordend und fengend sich betätigte, dadurch Deutschland innen- und außenpolitisch aufs schwerste schädigte und auch nach der erzwungenen Rückkehr nach Deutschland seine Nordbrennereien fortsetzte, sind noch frisch in Erinnerung. Nichtsdestoweniger findet jetzt General v. d. Goltz, der die Herden seiner Zeit im Baltikum beschliff hat, den Mut, sich im „Deutschen Tageblatt“ für jene Gesellen einzusetzen und für sie Pension und Versträmungszulagen vom Reich und obendrein Amnestie zu verlangen. — Das fehlte gerade noch, daß jenen Freiheiten, die auf eigene Kappe „Krieg führten“ und alle Aufforderungen zur Einstellung ihres „Zelbzuges“ unberücksichtigt ließen, Pension und Versträmungszulagen gezahlt werden.

## Noch in voller Höhe byzantinisch

Um seinen „Loz“ auf voller Höhe zu halten — so kündigt der Verlaß August Scherl an — hat er unter „groben materiellen Opfern“ das Nachdruckrecht für das Buch des Efflaßers erworben. Die Veröffentlichung beginnt im September in gleicher Stunde, wo auch die Publikation in den Zeitblättern des gesamten Auslandes erfolgt. Seiner Ankündigung gibt der Scherl-Verlaß ein Brimborium schwülstlicher Worte mit auf den Weg. Unter diesem Wust befindet sich ein einziges Gedankenformlein: Wilhelm habe die deutschen Geschicke mitbestimmend geführt. Nun, dann ist er auch für seine Handlungen verantwortlisch und schadenberahpflüchtig. Was hoffentlich bei der Abschiedsfeier nicht vergessen wird.

## Ein Zehnmillionenbrand

Bei einem Großfeuer in Offenbach, dem eine Lederfabrik, ein Zelluloidwarenlager und eine Rasier-Apparate-Fabrik zum Opfer gefallen sind, wird der Schaden nach vorläufigen Feststellungen etwa 10 Millionen betragen. Au der Versicherung sind, soweit man hört, der Deutsche Phoenix, die Rheinheimer Versicherungsgesellschaft und Rhein & Meiel beteiligt. Ob die vorhandene Deckung bei den heutigen Werten ausreichend ist, kann noch nicht festgestellt werden.

## Eine Falschmeldung

Die „Dona“ scheint sich mehr und mehr zu einer Redaktionskorrespondenz auszubilden. So veröffentlicht sie eine Mitteilung, wonach zwischen „Bacchus“ und „Freiheit“ Verhandlungen über die Herausgabe eines gemeinsamen Organs schweben sollen. Die Meldung ist natürlich falsch und beruht offenbar auf einer Kombination der Dona-Redaktion. Bevor die Vereinigungsverhandlungen zwischen UEB und SPD nicht abgeschlossen sind, kann selbstverständlich von Verhandlungen über die Zeitungfrage keine Rede sein.

## Verbot der Regimentsfeiern in Braunschweig

Die braunschweigische Regierung hat bis auf weiteres Regimentsfeiern und andere Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile verboten. Nur Versammlungen solcher Vereinnamten, die in der Hauptstadt die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder beawenden, wie beispielsweise der Reichsbund der Kriegsgeschädigten, sind von dem Verbot ausgenommen. Bei Verdrämnungen dürfen weder Waffen noch schwarz-weiß-rote Abzeichen mitgeführt werden. Für Auwiderhandlungen wird Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und Geldbuße bis zu 50 000 Mark vorsehen.

Bezeichnend! In der „Roten Fahne“ wird jetzt neben Max Holz noch ein gewisser Karl Plättner als Held gefeiert. Karl Plättner, ein geistesgestörter Mensch, tritt als Kronzeuge für Eberlein auf. Was Eberlein zur Last gelegt werde, habe er, Plättner, getan. Eberlein sei zwar nicht aus moralischen, sondern aus taktischen Gründen gegen Sprengungen, Plünderungen usw. gewesen. — Im übrigen bezeichnet in derselben „Roten Fahne“ der linke Kommunist Maslow das Spartakusprogramm als alt und wünscht es durch ein neues Programm ersetzt. Das wäre in der Tat der einzige Dienst an Rosa Luxemburg, den die Kommunisten der Verfasserin des Spartakusprogramms noch zu tun in der Lage sind.

Ruhe in Eberwalde. Gegenüber Berichten einzelner Zeitungen über neue Krawalle in Eberwalde erfahren die P. P. N. von unterrichteter Seite, daß es dort wieder zu weiteren Ausschreitungen nicht gekommen ist und daß die Ruhe in der Stadt seit Donnerstag nicht mehr gefährdet wurde. Der Bürgermeister hat, dem Wunsch der Arbeiterschaft Rechnung tragend, die Schutzpolizei in ihre Stadtwartiere zurückgezogen. Seitens der Arbeiterschaft wurde die Versicherung abgegeben, daß sie für Ruhe und Ordnung sorgen werden.

Die neue Verfassung von Palästina ist am Freitag veröffentlicht worden.

1 Dollar = 1350 Mark

Zähne 40 u. 50 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 80 Mk. an

Spez.: Zähne ohne Gassen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Hatvani, Danzger Straße 1 (Hochbahnstation)

In der letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur völligen Zufriedenheit gefertigt.

# Diese Woche bringen wir:

# Leiser



**Kinder - Schnürstiefel** schwarz Rindbox, bester Schul- u. Strapsstiefel Gr. 31-35 790,00, 27-30 **625,-**

**Burschen-Stiefel** schwarz Rindleder, strapazierfähig, m. genagelten Kernlederböden, Gr. 36-40 **950,-**

**Damen-Schnürschuhe** schwarz R.-Chevreau mit Lackkappe, moderne Form, halbhoher Absatz, eleganter Strassenschuh **1250,-**

**Damen-Schnürstiefel** schwarz R.-Chevreau mit Lackkappe, in eleganten Formen, moderner Absatz, nur beste Qualität! **1650,-**

**Herren-Schnürstiefel** la Rindbox, moderne bequeme Form, solide Verarbeitung, eleganter Strassentiefel **1650,-**

### Theater u. Vergnügungen

**Volkstheater**  
2 1/2 Uhr  
Heber die Kraft  
7 1/2 Uhr  
Verschwender

**Deutsches Theater**  
8 Uhr  
Das Glas Wasser

**Kammerspiele**  
7 1/2 Uhr  
Die Jungfern vom Bilschberg

**Großes Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr  
Orpheus i. d. Unterwelt

**Theater in der Königgrätzer Str.**  
8 Uhr  
Die wunderbaren Geschichten des Kasperl  
3 Uhr: ermäßigter Preis

**Komödienhaus**  
3 Uhr: Prinzessin Blau  
Abends 8 Uhr  
Karuse!

**Berliner Theat.**  
Voranzeige:  
Sonnab. 5.5. Premiere  
Madame Pompadour  
Operette v. Schanzer und W. Jisch.  
Musik von Leo Fall.  
Fritzi Massary u. G. R. A. Roberts, E. Wirt, L. Haskel, Charl. Ander, E. Behmer, R. Hold, L. Leo Holstein.

**„Es kommt der Tag...!“**  
Filmspiel  
in 6 Akten  
von Karl Otto Kraus  
7 und 9  
Sonntags 5, 7, 9 U.

### Alhambra

am Moritzplatz  
**Paul Frier**  
Deutschlands größt. Improvisator  
Ballett  
**Cello de Rheidt**  
tanzt den „Tangyr“  
Das internationale Programm.  
Volkspreise. Warme Küche.

**Voranzeige!**  
Sonnab. 4. 9. Sept. Premiere  
**Madame Pompadour**  
Operette in 3 Akten von Schanzer und Weitsch  
Musik von Leo Fall  
mit **Fritzi Massary u. G.**  
**Ralph Arthur Roberts**  
**Erik Wirt / Leonhard Haskel / Charlotte Ander**  
**Ernst Behmer / Richard Hold / Lene Holstein**  
Regie: Ernst Weitsch  
Ges.-Ausstatt.: Emil Pirchan von den Staatstheatern im  
**Berliner Theater**  
Billetbestell. a. d. Theaterkasse.

### Spezial-Arzt

Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenheilk., Syphilis-Bem., Blutuntersuchungen. In der Heilanstalt „Löser“, nahe Prenzlauer Berg, Alex.-Platz 10-1, 4-7, Sonntags 10-12. Besucht separat

Soeben erschien

## Die Kommunistische Internationale

Nr. 21

Aus dem Inhalt: Karl Radek: Der Kampf um die proletarische Einheitsfront / N. Lenin: Unter der Fahne des Marxismus / A. Thalheimer: Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland / J. Jaroslawski: Der XI. Kongreß der KPR. / G. Sinowjew: Der Weg unserer Partei / E. Varga: Der alte und der neue Pazifismus / A. Losowski: Die Anarcho-Syndikalisten und die Profintern / Louis Sellier: Die sozialistischen Diener des reaktionären Frankreichs / I. Wardin: Die sozialrevolutionären Mörder und die sozialdemokratischen Advokaten (Tatsachen und Dokumente) / L. Trotzki: Zur Lage in der Kommunistischen Partei Frankreichs / Ivon Jones: Der Arbeiteraufstand in Südafrika / Ch. Kabaktscheli: Die Balkanpolitik der Entente u. a.

136 Seiten und 4 Illustrationen

Preis Mark 60.-

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnley, Hamburg 8

**Spezialarzt** für Haut-, Harn-, Frauenheilk., Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen. Dr. med. Lamm, Amalienstr. 185, Brunnenstr. 185

**Homöopath. Heil. Kries**  
Nachweislich erfolgreiche Mittel Kur ohne Eingriffe  
Spez.: Haut, Harn, Prostata u. Frauenleiden  
Berlin, Wobeschenhaus, Oberstr. 41  
25 Min. Straßenbahn ab Alexanderpl.  
Sprechz. 10-1, 4-8 Sonnt. 10-1. 1000g Honor. Freit. k. Sprechz. Tel. Lichtg. 1426  
Auskunft u. Broschüre 5 M. Porto.

**Einzelverkauf** zu alten Endpreisen in Musikinstrumenten.  
Mandolinen, Gitarren, Geigen, Lauten, Ziehharmonikas, Zithern, Concertinas, Bandonien.  
Verkauf nur an Arbeiter gegen Legitimation.  
**M. Grohmann**, Neubetten an Gros BERLIN SO 36, Manteuffelstrasse 94.

**Geschlechtskranke**  
Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden, h. r. n. e. k. g. e. v. t. e. Auslässe finden schnelle Hilfe ohne Berufsunfähigkeit durch **Phorosanos**  
neues deutsches Reichspatent  
Tausende auch die schwersten Fälle, die anderweitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren, wurden durch Phorosanos kurzfristig geheilt. Tausende viele Danksagungen und Dank-schreiben. Untersuchung und Aufklärung kostenlos. Teilnahme Gewissenhaftigkeit. 3.liche Leitung Phorosanos-Heilanstalten: Potsdamer Str. 109, nahe Stettiner Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenthaler Platz. - Getrennt für Herren und Damen. - Sprechstunden 10-1, 4-7, Sonntags 10-12.



**WIEN-BERLIN**  
Jägerstraße 62a  
8 Uhr  
Das Riesenvariété-Programm  
4 Uhr  
Kaffee m. Intern. Tanz-Vorführungen  
Kalte und warme Küche  
Gr. Bierabteilung.

**Damen sparen Geld**  
Einzelverkauf  
**Neue Winter-Konfektion**  
Sealoidenplüsch-Mäntel, farbige Plüschüberret-Mäntel  
jetzt noch zu sehr billigen Preisen  
Doppel 6500 5800 9750 Kostüme 4750 28.0 850  
Unter 370 25.0 1800 950 750 850  
Flausch 4800 65.0 1350 Katzen-Jacken 480 360  
Backfisch 3800 2400 4500 Woll-Strickjacken 1400 1800  
Affenhaut 8507 6750 4500 Woll-Strickjacken 1400 1800  
Rimmer 6500 4800 Kindermäntel 2400 18.0 500  
Spezialität: Extr. für starke u. große Damen  
M. Moczysz, Landsberger Str. 59 1 Trepp., Berlin E.  
Sonnabends und Sonntags geschlossen.

**Zoologischer Garten**  
Tägliche Großkonzerte  
So u. 2 Kapellen  
Aquarium  
geöffnet von 9-7 Uhr

**Zahngebisse**  
Gold, Silber usw.  
nach dem Selbstge-such  
Häuserstr. 35 1. Zahn-Abgleichverteilung

**„Arbeiter-Sport“**  
Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Verbands Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.  
Der „Arbeiter-Sport“ vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampfor-gan sein. Der „Arbeiter-Sport“ wirkt in dem Bewußtsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kampferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport“ wendet sich gegen alle bürgerlichen Sport-organisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflüchtigung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:  
„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden.“  
Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport“. Er ist das wichtigste Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.  
Verlag des „Arbeiter-Sport“  
Berlin SO 16, Köpenicker Straße 108.

**Dr. med. Müller-Kypke**  
Neurolog. path. Arzt  
Char. Ottostr. 3 (Knie)  
**Zeichengebiet**  
6-11 Uhr, Taubst. 11-12  
H. Stöckelmann  
Berlin W 9, Poststr.  
mer Str. 135 2. u. 3. Etg.  
Wittmerfall, jedes  
Quant. auch wieder  
zu höchsten Preisen  
Kräger,  
24 Drielenstr. 21  
E. Schönbauer Str.

**Alle Seifenhändler**  
decken Ihren Bedarf  
in Toilettenseifen, in Kernseifen,  
Seifenpulver usw.  
im Seifenlager  
**Emerich A. Salgo**,  
N 54, Lothringer Straße 3A, Hof  
Fernsprecher: Norden 1728.

**Jeder Parteigenosse!** muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen.  
Aus-schneiden!  
Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!  
Unterzeichneter bestellt hiermit vom  
1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung  
**„Freiheit“**  
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands  
mit den  
Unterhaltungsbeil. „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“  
zum Preise von monatlich 150,-, halbjährlich 75,- Mk.  
bei freier Zustellung ins Haus.  
Unter Streifenband bezogen in Deutschland für Monat September 190,-,  
für das übrige Ausland 220,- Mk.  
Name: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vom, Hof, Str., Gasse).  
Diesen Belegbogen bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben  
oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Platz 27, 1  
im Kuvert als Drucksache, mit 50 Pfg. frankiert, einzusenden.

**Metzner**  
Kinderwagen-Welthaus  
Metall-Bettstellen, Kinder-  
u. Korbmöbel, Korbwaren,  
Bunntische, Puppenwagen,  
Alle Kinder-Fahrzeuge usw.  
Größte Auswahl Berlins.  
Andreasstr. 23, Andreasplatz  
Brunnenstr. 95, Beusselstr. 67  
Lützowstr. 94, Neukölln, Bergstr. 133  
Spandau, Charlottenstr. 24a.

**Heilanstalt**  
für inn. u. äuß. Krankheiten, Nervosität,  
Mag. u. Verdauungsschwäche, Müdigkeit,  
Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerzen,  
Herz-, Nier-, Leber- u. Gallenleiden, Haut-, Harn-  
u. Präsenid., Syph., schnell, schmerzlos BhdL.  
= Untersuchung und Beratung kostenlos. =  
G. Andres, Invalidenstr. 147  
1. Etage,  
Sprechstunden 9-1 u. 2-5

**3 Schlager 3**  
Herren Ia Naturlederstiefel 1250 00  
in guter, fester Ausführung, Leder-, Lauf- und Brandsohle  
Damen-Schnür- u. Spangen-Schuhe 875 00  
hübsche kurze Formen, Lack-Kappe  
Kinder-Stiefel in Ia Rindleder 495 00  
feste Lederausführung, in Größen 27-34  
Von vielen Beweisen unserer Leistungsfähigkeit nur diese drei!  
Eine Besichtigung unseres Lagers und ein Versuch führen  
zur ständigen Kundschaft im  
**Schuhhaus Katz, Berlin, Münzstr. 10**  
Kein Laden!  
Vorn 1 Treppe.

## Vom Bau des Mittellandkanals

Von Dipl.-Ing. Mangoldt-Darmstadt

Der Mittellandkanal soll als Fortsetzung des Rhein-Herne- und Dortmund-Ems-Kanales den Rhein mit der Elbe und dem Wasserstraßennetz östlich der Elbe verbinden.

Er beginnt bei Bevergern am Dortmund-Ems-Kanal und ist bis Hannover fertiggestellt. Bei Minden kreuzt er in einer großen Kanalbrücke die Weser. Der Teil von Hannover bis Peine mit Stichkanal nach Hildesheim ist im Bau, der Rest von Peine an Braunschweig vorbei nach Magdeburg ist in Angriff genommen.

Nach Fertigstellung ist dann ein Großschiffahrtsweg zwischen dem Industriegebiet des Westens und den landwirtschaftlichen Erzeugungsgebieten im Osten Deutschlands vorhanden. Von welcher gewaltiger wirtschaftlicher Bedeutung dies ist, dürfte sofort erkennbar sein, wenn man sich vor Augen hält, daß ein 1000-Tonnen-Rahn mindestens den Inhalt von drei Güterzügen faßt.

Ein Binnenkanal, der zwei und mehr Flußsysteme miteinander verbindet, besteht aus einzelnen Teilen, deren Wasserspiegel in verschiedener Höhe liegen. Dies hat seinen Grund darin, daß der Kanal die zwischen den Flüssen liegende Wasserscheide überschreiten muß. Die Speisung des am höchsten liegenden Kanalsstücks muß durch Wasserläufe erfolgen, die in der Nähe der Wasserscheide liegen.

Die Verbindung der auf verschiedener Höhe liegenden Kanalteile geschieht durch Schleusen, die den Schiffen den Uebergang von einem zum anderen Teil ermöglichen.

Eine Schleuse besteht aus der Schleusenkammer und zwei Toren nach dem oberen und unteren Wasserspiegel zu. Das Heben eines Schiffes von einem Wasserspiegel zum nächsthöheren geschieht folgendermaßen:

Das obere Tor ist geschlossen, und das Schiff fährt durch das untere Tor in die Schleusenkammer. Nun schließt sich auch das untere Tor und durch Rohrverbindungen (Umläufe) in den Schleusenwänden wird aus der oberen Kanalhaltung Wasser in die Schleusenkammer eingelassen, und dort Wasserspiegel und Schiff gehoben. Ist der Wasserspiegel in der Schleusenkammer ebenso hoch, wie im Oberwasser, so kann das obere Tor geöffnet werden, und das Schiff kann ausfahren und seine Fahrt fortsetzen. Beim Uebergang von der höheren zur niedrigeren Wasserhaltung vollzieht sich der Vorgang in umgekehrter Weise.

Schleusen befinden sich u. a. bei Minden an der Weser und bei Andernach in der Nähe von Hannover. Letztere ist im Bau. Hier beträgt der Unterschied der beiden Kanalwasserspiegel 15,0 m.

Das Kanalbett hat eine Breite von 34,00 m und eine Wassertiefe von 3,00 m. Es liegt zum kleineren Teil im Aufrag Uebergelände in gewaltigen Dämmen, zum größten Teil in Einschnitten, die bis 15,00 m tief sind. Der Aushub dieser gewaltigen Bodenmassen, die von Hannover bis Peine allein über 10 Millionen Kubikmeter betragen, geschieht durch Baggermaschinen. Mit Staunen und Bewunderung sieht man die Arbeit einer solchen Maschine zu, die gewaltige Erdmassen ausgräbt und in bereitstehende Büge befördert, wobei Pöffel- und Eimerkettenbagger Verwendung finden. Der Pöffelbagger, der mit einem Eingriff über 1,5 Kubikmeter — 30 Zentner Erdmasse faßt, gräbt sich in den Boden ein, geht hoch und schüttet seinen Inhalt in die Raufenkippen.

Bei weichen und sandigen Bodenarten werden statt Pöffelbagger Eimerkettenbagger verwendet. Eine fortlaufende Kette von Eimern schleift über die Böschung hin, füllt sich mit Erde und schüttet diese dann in die unter dem Bogger stehenden Wagen.

Die mit Erde beladenen Büge werden nach Stellen gefahren, wo die Bogen gepippt und das Erdmaterial zu mächtigen Dämmen angehäufet wird. An diesen Stellen entstehen kleine künstliche Berge. Bei dem wertvollen Gelände ist es nur in den seltensten Fällen möglich, die ausgehobene Erde unmittelbar am Kanal abzulagern. Die normale Tagesleistung beträgt bei achtstündiger Arbeitszeit beim Pöffelbagger rund 600 Kubikmeter, beim Eimerkettenbagger rund 1000 Kubikmeter.

Kreuzt ein kleiner Wasserlauf den Kanal, so darf er in vielen Fällen nicht dem Kanal zugeführt werden, so vorteilhaft dies auch für die Speisung des Kanals wäre, weil sonst den unterhalb wohnenden Anwohnern das Bachwasser entzogen würde. Um die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu stören, muß der Bach unter dem Kanal hindurchgeführt, d. h. untertückert werden. Ein Däcker ist ein Rohr aus Eisen oder Eisenbeton, das stets gefüllt ist und durch das der Bach nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren fließt.

Die Herstellung der Däcker beim Mittellandkanal erfolgt heute nur noch in Eisenbeton. Die Eisenbetonkonstruktion ist imstande, Erdbebewegungen aufnehmen zu können, ohne daß der Däcker undicht wird.

Die Ueberführung der den Kanal kreuzenden Eisenbahnen geschieht mittels eiserner Brücken. Straßen und Wege werden, wenn die Konstruktionshöhe vorhanden ist, durch Betonbogenbrücken oder Eisenbetonbogenbrücken mit aufgehängter Fahrbahn über den Kanal geleitet; durch eiserne Fachwerkbrücken der hohen Kosten halber nur dann, wenn die erforderliche Bauhöhe nicht zur Verfügung steht.

## Eine deutsche Vulkan-Expedition in Mexiko

Bei dem vor einiger Zeit gemeldeten Ausbruch des mexikanischen Vulkans Popocatepetl wurde auch eine Besichtigung erwähnt, die ein deutscher Gelehrter Dr. A. Friedländer gerade zur Zeit der Explosion unternahm. Der Gelehrte hat eine vulkanologische Expedition durch Mittelamerika ausgeführt, über die Hans Red in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift berichtet. Friedländer unternahm noch eine Reihe anderer Vulkane, so den Orizaba, der, nämlich wie die anderen Vulkane dieser Gegend, um seinen Fuß eine Menge kleiner Schlackenkegel hat. Der deutsche Forscher hat den Gipfel nicht erreicht, aber den Vulkan in etwa 4000 Meter Höhe umritten und dabei eine Reihe von Artfakern in den bisherigen Angaben feststellte. Der Orizaba hat im Verlauf seiner Entwicklung, ähnlich wie der Popocatepetl, seine Eruptionsachse verlegt. Der Umritt um den Vera delte, daß eine ganze Anzahl kleiner früher Kanäle vorhanden ist, deren Eruption von niemandem beobachtet wurde, von denen aber mindestens ein halbes Dutzend den letzten 100 Jahren entstammt. Der Berg ist also durchaus nicht, wie bisher angenommen, als erloschener Vulkan anzusehen. Auch von einem anderen Vulkan ist vielleicht eine weitere Eruptionsartigkeit zu erwarten. Es ist dies der San Martin de Turis, dessen beide letzten großen Eruptionen 1684 und 1708 katastrophal waren. Da man danach mit einer Ausbruchperiode von etwa 100 Jahren rechnen muß, so wäre in nächster Zeit eine neue Eruption zu erwarten. Der gegenwärtige Zustand des Kraters verrät aber nichts derartiges, sondern die Giselektion zeichnet sich durch völlige Ruhe und zunehmende Bewaldung aus. Der San Martin, der bisher bald als Einzelvulkan, bald als Glied einer Vulkanreihe angesprochen und topographisch falsch auf den Karten wiedergegeben war, stellt nach Friedländer eine Vulkangruppe von kompliziertem Bau dar. Im Anschluß an diesen Vulkan befindet sich der große Eruptionsgebiet, das sich zwischen der Laguna de Xanapan und dem Meer befindet und La Sierra de Xanapan heißt. Dieses Gebiet, das in allen Einzelheiten noch unbekannt ist, stellt nicht eine Verastete dar, wie bisher angenommen, sondern be-

sieht aus einer Reihe getrennter vulkanischer Gebirgskette. Schließlich hat Friedländer noch den Colimazwillingvulkan angeführt, dessen südlicher Krater 1913 in harter Tätigkeit war, bei dem letzten Ausbruch aber nur schwach fumarolisch war. C. R.

## Der heißeste Fleck der Erde

Die höchste Temperatur, die auf der Erde überhaupt gefunden wird, ist auf einer öden tiefliegenden Ebene in Kalifornien, die das Todesal genannt wird. Dieser heißeste Fleck der Erde, der etwa 20 Kilometer lang ist, hat nach der Schilderung in einem New Yorker Blatt eine Höchsttemperatur von 160 Grad Fahrenheit, jedoch auch um Mitternacht noch zeigt das Thermometer 120 Grad F. Die Erde wird hier im Sommer unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen so heiß, daß man sich die Hände verbrennt, wenn man eluen auf dem Boden liegenden Stein oder ein Stück Eisen berührt. Aus diesem Gebiet erhält die Welt die größte Menge Borax. Bis vor kurzem mußte dieses wertvolle Salz durch besonders erbaute Lokomotiven zu der etwa 300 Kilometer entfernten nächsten Eisenbahnstation gebracht werden. Das Gewinnen des Borax und der Abtransport gehören zu den anstrengendsten und schwierigsten Arbeiten. Man hat Baugeländer tot aufgefunden, die noch eine Flasche mit Wasser in der Hand hielten. In wenigen Stunden wird das Wasser, das in Gefäßen mitgeführt wird, so stark erhitzt, daß es zum Sieden kommt und sofort in den Kessel einer Dampfmaschine gebracht werden kann. Die Ingenieure haben nun ein erstaunliches Stück Arbeit geleistet, indem sie dieses Tal des Todes und der Hölle durch eine Eisenbahn mit der Außenwelt verbunden. Dazu bedurfte es der Anlage von Eisenbahnviadukten, die viele Kilometer lang sind und aus starken Balken gezimmert wurden. Der furchtbare Feind bei diesen Arbeiten war die erbarmungslose Sonne. Man kann sich von ihrer Einwirkung eine ungefähre Vorstellung machen, wenn man hört, daß ein Soreldrich, der für einen Ingenieur hingestellt wurde, durch die Einwirkung der Hitze in wenigen Tagen zersplitterte und in Stücke zerfiel. Durch die Eisenbahn ist nun die Boraxgewinnung sehr erleichtert, und sie erfolgt in einem Ausmaß von drei Millionen Tonnen jährlich. C. R.

## Schulkliniken

In England hat man an den Elementarschulen besondere Schulkliniken errichtet, und über die Ergebnisse dieser Einrichtung wird nach einem Bericht der Erziehungsbehörde in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ allerlei mitgeteilt. Im Jahre 1921 besuchten 5187 000 Kinder die Elementarschulen in England und Wales. Von diesen wurden 2400 000 ärztlich untersucht, und zwar in drei Gruppen beim Schulunterricht mit 5 Jahren, dann mit 8 Jahren und beim Schulstritt mit 12 Jahren. Der Dienst in den 800 Schulkliniken, die diese ärztliche Untersuchung und die Beobachtung der Kinder vornehmen, wird von 800 Berufsschulärzten und von 700 Ärzten im Nebenberuf bestrahlt. Außer den Schulkliniken haben sich noch 391 Hospitäler dem Schulkrankendienst zur Verfügung gestellt. Außer den regelmäßigen Untersuchungen erfolgt eine besondere Beobachtung aller kranken und kränklichen Kinder. Durch diese Maßnahmen wurde sowohl bei den Eltern wie auch bei den Lehrern ein händliches zunehmendes Interesse an der Gesundheit der Kinder hervorgerufen. Von den untersuchten 2400 000 Kindern wiesen 47,9 Prozent Schädigungen irgendwelcher Art auf, und zwar waren am gefündesten die Kinder in den kleineren Städten, während die Landkinder und die Industri- und Großstadtkinder ungefähr auf der gleichen Stufe standen. Bei den Landkindern ergab sich der größte Prozentsatz an Nasen- und Halskrankheiten, 70 Prozent aller Kinder mußten wegen schlechter Zähne behandelt werden, was wohl auf den großen Verbrauch billiger Schokolade und Süßigkeiten in England zurückzuführen ist. Die Zahl der Kinder, die an Abnormalitäten leiden, betrug über 164 000; davon sind 37 000 geisteskrank, 38 000 Krüppel, 6500 epileptisch, 16 000 blind und taub.

## Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

36. Fortsetzung.

„Aber das Schöpferische?“ fiel Philipps grüne Weisheit hier ein.

„Es gibt nichts Schöpferisches ohne Auflösung,“ lächelte der Schlüssel. „Siehst du, hier hab ich ein groß Stück Fleisch — das wird nie ein Topf oder eine Kanne, wenn ich's ganz lasse, ich muß es zerschneiden. Erst wenn ich's zerschnitten habe, kann ich etwas daraus machen.“

„Aber der Baum? Das ist doch etwas Bestehendes?“

„Ja, ha, ha! Gymnastikmeisterwit! Denk dir, was wäre der Baum, wenn er sich nicht immer wieder auflöste in all seine Ärtebe und Säfte, bis zum neuen Apfel und neuen Samen? Es wäre ein großer dürre Besen, der bald nicht mehr existierte. Und wie ihm auch die Menschen zur Weiterexistenz helfen wollten — durch Veredelung, durch Neuzüchtung aus Abergern und Schöhen, er wäre hin. Es hüßte nichts. Er wäre hin. Alle Entwidlung und Fortpflanzung ist Auflösung — bei den Geschöpfen — bei den Menschen und Tieren und Pflanzen und Steinen, wie bei den Ideen und Gefühlen. Und dir nur mal deine alten Professoren an. Was nützen und wirken die dem Weite der Welt? Wie's auch das Gegenteils scheinen mag: nichts! Was sie leisten, könnte ebenfogut mit Maschinen geleistet werden. Es steht alles in Büchern. Ich hab gar keinen Respekt vor der Gelehrsamkeit — ich hab nur Respekt vor dem Leben und dem Lebendigen.“

Dem Philipp war ein Licht aufgesteckt. Er hatte sich im Gymnasium auch deshalb nicht so wohl gefühlt, weil es lauter alte Lehrer waren, die er hier hatte, und weil alles Lernen mechanisch wurde unter ihren Händen. Der kleine Herz hatte ihm etwas aufgetan — der Schlüssel hatte ihm schon immer so merkwürdige Dinge gesagt, die aber zum großen Teil an ihm vorübergegangen waren — nun kam ein leiser Hunger nach mehr.

„Bekomm ich nun allzumal eines von Ihren Büchern?“

„Noch nicht,“ sagte der Schlüssel. „Aber du brauchst nit mehr zu fragen. Ich geb dir schon, wenn ich denke, daß es Zeit ist. Jetzt halt mal den Kopf noch klar — sonst gib's Durcheinander. Ich reich dir schon so dann und wann was zum Würzen. Denn es wird in der Welt nicht nur aus Milch und Eiern gekocht — es gehören auch Pfeffer und Salz und Zwiebeln dazu. Und die Zwiebeln, bei denen einem die Tränen laufen, das sind die besten.“

Unvermittelt fragte der Schlüssel einmal: „Hast keinen Schatz? Ist dir noch kein Mädel über den Weg gelaufen, daß es dir warm davon geworden ist? Brauchst's nit zu gestehen, brauchst dich aber auch nit zu genieren. So was ist natürlich und kommt ganz von selbst.“

Der Philipp zögerte mit der Antwort. Er dachte an die Emilie und an den Eulenmüllerfranz, wie der schwärmte und glücklich war.

„Nein,“ sagte er, „noch gar nicht.“

„Christlich wahr?“

„Ja, ganz gewiß. Wer guckt auch nach so einem armen Teufel, wenn's wirklich wäre!“

„Lump,“ fuhr der Schlüssel heraus — „wenn du dich davon bedrücken läßt. Armut existiert nit außerlich — innerlich existiert sie nicht. Du müßt dich reich fühlen, und gerade weil du arm bist, auch viel mehr wert, als diese Menschheitschmaroger, die das Geld in die Höhe trägt. Reichtum, Ansehen, Titel, Stellung — Esel! wenn du das zählst. Geh hin in die Ziegelhütt und schaff in der Letztenkant, aber fühl, was du wert bist. Und versaul und verfinke nicht in dem Gefühl, sondern schaff an dir weiter. Hau klein und wirf um, damit du wieder Neues machen kannst und einen neuen Weg gehst. Geh irr, geh zurück, aber denk immer daran, daß du vorwärts willst. Bleib ruhig Ziegelhütter dabei. Nicht mal Bürgermeister hier brauchst du zu werden. Puh — wenn das was zählen täte, dann wär die Welt viel wert. Sie ist aber gar nichts wert. Es ist eine ganz lumpige Welt, diese Reichelentswelt.“

Der Philipp ging vom Schlüssel aus hinaus in die Eulenmühle. Es war Samstagabend, und die Felerabendglocke war eine halbe Stunde früher geläutet worden. Das Feld war still. Ganz weit sah man da

und dort noch einen Bauern schreiten, auf den Höhen hoben sie sich groß ab — denn die am weitesten draußen zu arbeiten hatten, waren natürlich auch die letzten, die heimkehrten.

Dem Philipp klang manches durcheinander im Kopfe, und er hielt nichts fest, er ließ alles laufen — kommen und gehen, sich verlieren, wiederkommen — haltlose, verträumte Gedanken, gestaltloses Dabinsinnen. Dann, er war kaum auf die kleine Anhöhe gestiegen, zu der der Weg führte, rief's ihm drunten aus dem Wiesentale in einem lauten Doppelsruf entgegen: Die Eulenmüllererben! Und nun ein Laufen herauf von denen drunten, ein paar Sprünge von oben ihnen entgegen — und Arm in Arm schritten die drei ins Feld hinaus. Viel Erfragen, viel Erzählen, als hätten sie sich eine Ewigkeit lang nicht gesehen — ein bißchen Spott, ein bißchen Scherz — aber doch gewahrt der heilige Ernst der Jugend, die tausend Pläne schmiedet und alle hohen Flüge liegt und im Mittelpunkt der Welt steht. Die Ausgelassenheit, die Streiche erinnert, die Schwärmerie, die von höchsten Entzückungen in die tiefste Melancholie herabsinkt. Und natürlich das Thema der Liebe. All die Schmerzen des Verliebten. Sie hat ihn gar nicht angesehen. Er weiß nicht, was sie hat. Ob ein anderer? So ein Esel wie der Doffe Jean, der nicht mal auf drei zählen kann, der aber den ganzen Tag ums Haus herumschleicht, daß sie gar nicht mehr herausgehen kann. Was der sich einbildet! Und Schwüre! Wenn sie nicht tren wäre! Drei Schwurhände in der Höhe: Rache!

Und dann das Richterwartenkönnen — und diesen Abend gilt's. Er muß aus dem Felde geschlagen werden, der Progbauer Doff. Der Plan wird geschnitten.

Sachte finkt die Nacht. Der Doffe steht oben am Wege, der Philipp wartet unten. Der Franz ist an Seiberts Hollerbaum verstickt und wartet auf sie. Kommt der Doff — ein Pfiff. Und alle drei über ihn her. Keinen Pardon! Er muß zu Drei geschlagen werden.

„Emilie, die soll leben, soll leben, soll leben!“ klingt es übers Feld. „Emilie lebe hoch!“

(Fortsetzung folgt.)



# Der bolschewistische Imperialismus und seine Sykophanten

Von Julius Brauntal.

Wien, 28. August 1922.

Es ist für Sozialisten keine rühmliche Aufgabe, imperialistische Raubzüge zu rechtfertigen. Ein Herr Schaffir, irgendein Moskauer Trabant, fand aber schon längst den erhaunlichen Mut zu diesem dunklen Geschäft. Er ist der Verfasser jener Dokumentensammlung, die Trozki in seinem Buche über Georgien sehr fleißig zitierte; er versucht nun neuerdings in der kommunistischen „Internationalen Presse-Korrespondenz“ die Beweislast meiner in der „Freiheit“ vom 12. August veröffentlichten Darstellung der Eroberung Georgiens durch die Moskauer Regierung zu erschüttern. Durch welche neue Tatsachen? Wir wollen sie kurz betrachten.

Trozki hat es bekanntlich übernommen, in einem Buche die Unterwerfung des sozialdemokratischen Georgiens als eine „höchst revolutionäre“ Tat zu rechtfertigen. Aber wie?

Am Mittelpunkt des Buches des Genossen Trozki steht die Schilderung der Tätigkeit jenes angeblichen „unabhängigen Staates“, welchen Namen sich das menschenwürgende Georgien annahm, das aber nichts anderes war, als eine gegenrevolutionäre Basis für die verschiedensten imperialistischen und russisch-weißgardistischen Gruppierungen von wo aus die Angriffe gegen Sowjetrußland organisiert und vorbereitet werden sollten.

So resümiert Schaffir sehr zutreffend den wesentlichen Inhalt des Trozki'schen Buches. Ich erwidere hierauf zweierlei: Was „werden sollte“, aber was nicht war, ist für das georgische Problem erst in zweiter Linie von Wichtigkeit. Was hingegen geschichtliche Tatsache wurde, erhellt die Darstellung Trozki's nicht. Denn im „Mittelpunkt“ des Trozki'schen Buches steht ein Abschnitt der Geschichte Georgiens, den der russisch-georgische Vertrag abgeschlossen hatte. Trozki zitiert zur Schilderung dieses Geschichtsabschnittes Dokumente, die hauptsächlich Bolschewiki nach ihren Bedürfnissen zusammengesetzt sind, wie erst jüngst Jordania im „Sozialist“ nachgewiesen hatte, zum Teil sogar gefälscht hatten. Dort ist ein entscheidendes Wort ausgelassen, das ein ganz anderer Zusammenhang konstruiert: wie es eben das moralische Gewissen der Eroberer erforderte. Darum meinte ich, daß diese Dokumente einer objektiven Nachprüfung von einer unabhängigen Seite (die drei proletarischen Internationalen) bedürften und daß vor dieser Prüfung den Anklagen der russischen Kommunisten gegen die georgischen Sozialdemokraten unmöglich mehr Glaubwürdigkeit beigegeben werden kann, um umgekehrt den Anklagen der georgischen Sozialdemokraten gegen den russischen Kommunismus. Ich glaube, daß dieser Formel jeder ehrliche, wahrhafte Sozialist zustimmen vermag. Herr Schaffir ist hingegen anderer Meinung. Er findet, daß ein Zweifel an der Darstellung Trozki's einfach nicht gestattet sei. Allen möglichen Respekt vor Herrn Trozki; aber was verleiht seiner Darstellung die Glorie der absoluten Wahrheit? Dieses, erwidert Schaffir: Trozki hat die „meisten ältesten Dokumente“ einer Dokumentensammlung entnommen, die, man denke, in einem gedruckten Buche erschienen ist. Diese Beweisführung ist für jeden, der von der Erfahrung noch unangekränkt geblieben ist, daß Papier die Eigenschaft besitzt, sich mit allerlei bedrucken zu lassen, in der Tat überzeugend. ... Schaffir verschweigt allerdings nur eine Kleinigkeit, nämlich, daß diese Dokumente von Bolschewiki, vor allem von Schaffir selbst, „gefälscht“ wurden, womit wir wieder zum Ausgangspunkt des fehlerhaften Kreislaufes zurückkehren. Denn eben diese bolschewistische Dokumentensammlung, die den Charakter eines Gärtbuches besitzt, ist ja von russischen Kommunisten zu dem Zwecke angefertigt worden, um den russischen

Krieg zu rechtfertigen. Daß sie hinreichen mag, das sehr beunruhigte Gewissen kommunistischer Massen, die freilich nichts anderes erfahren dürfen, zu befähigen, glauben wir schon; zur Erkenntnis der historischen Wahrheit jedoch erscheinen sie sehr unzulänglich. Im übrigen genügt die Kenntnis einiger geschichtlicher Tatsachen, um die Rolle der russischen Kommunisten in Georgien vollauf würdigen zu können. Und diese Tatsachen sind: der russisch-georgische Neutralitätsvertrag und der russisch-georgische Krieg. Es ist zwar keineswegs erhaunlich, aber sehr charakteristisch, daß sowohl Trozki als auch Schaffir über diese Tatsache hinwegzuleiten versuchen.

Wir wollen an den Tatsachen festhalten. Wir erinnern uns des Neutralitätsvertrages, der am 7. Mai 1920 zwischen der russischen und der georgischen Regierung abgeschlossen wurde. Rußland verpflichtete sich, die Souveränität Georgiens anzuerkennen, Georgien verpflichtete sich, gegenüber Rußland Neutralität zu wahren. Uns erscheint es sehr verdächtig, daß Trozki in dem „Mittelpunkt“ seines Buches den Zeitraum der sehr umstrittenen georgischen Geschichte vor

Der Wertschwund deutschen Geldes bedroht die Arbeiterpresse mit der Vernichtung ihrer Existenz. Wir haben bereits vor einigen Tagen durch Zahlen nachgewiesen, in wie hohem Maße die Verfallensabfälle einer Zeitung angewachsen sind und täglich größer werden. Eine Anzahl besinnlicher Zeitungen hat sich

## nunmehr

genötigt gesehen, den Verkauf ihrer Unternehmungen durch Erhöhungen der Abonnementspreise abzuwenden. Große bürgerliche Zeitungen erheben für September 300 Mark. Was für die bürgerliche Presse gilt, das gilt

## erst recht

für die Arbeiterpresse. Sie hat unendlich größere Schwierigkeiten zu überwinden und ist einzig und allein auf die Unterstützung der sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft angewiesen. Neben der Sorge um ihre Erhaltung muß die Arbeiterpresse auch auf die überaus schlechten materiellen Verhältnisse ihrer Leserschaft Rücksicht nehmen. Trotzdem kann auch sie nicht ohne Erhöhung der Abonnementspreise weiterbestehen. So hat der „Vorwärts“ den September-Bezugspreis bereits auf 200 Mark festlegen müssen.

## Die „Freiheit“

mußte gleichfalls ihren Abonnementspreis erhöhen. Wir glauben, bei unseren Lesern auf jede weitere Begründung zu diesem Schritte verzichten zu können. Wenn alle Preise steigen, ist der Verzicht auf eine Herabsetzung der Bezugsbedingungen für die Arbeiterpresse unmöglich.

Wir wissen recht gut, daß eine abermalige Erhöhung unseres Abonnements vielen unserer Genossen und Lesern ebenso schwer fallen wird, wie uns selbst. Aber wir alle stehen unter dem Zwang höherer Gewalten, die nur durch weiteren Ausbau und Vertiefung der Arbeiterbewegung und in erster Linie ihrer Presse überwunden werden kann. Ohne Presse ist die Arbeiterbewegung verloren! Wir rechnen deshalb bestimmt mit der Einsicht und Opferbereitschaft aller Freunde unserer Sache. Nur durch erhöhtes Vertrauen und Treue zur Arbeiterbewegung werden auch diese traurigen Zeiten überwinden werden. Wer resigniert beiseite steht, beachtet Nahmensucht und Schädlichkeit nur sich selbst, sondern vor allem der in jahrelangem mühseliger Arbeit aufgebauten sozialistischen Arbeiterbewegung. Nicht beiseite stehen, sondern nun erst recht mitarbeiten, das ist das Gebot aller Klassenbewußten Arbeiter, an die sich der Ruf richtet:

## Rettet die Arbeiterpresse

Arbeitskraft innerhalb der festgesetzten Arbeitszeit zum Segen des dreimal arbeitenden Profites neue Wege angewiesen zu haben. Es handelt sich um Mädchen, die mit Säumen von Tischentwürfen beschäftigt sind und deren einzige Ruhepause während ihrer Arbeitsstunden „normalerweise“ in dem Zeitraum besteht, in dem der fertige Arbeitsvorrat durch einen neuen ersetzt wird. „Man sieht“, so heißt es wörtlich in dem Bericht, „die Mädchen bei der Arbeit nun in der für das Säumen der Tücher künstlichen Stellung am Arbeitsstisch sitzen. Die Arbeitsstunde wurde in 10 Abschnitte von je 6 Minuten eingeteilt. In den ersten 4 Teilen der Stunde, das heißt, bis zur 24. Minute, arbeiteten die Mädchen 5 Minuten und ruhten eine Minute, um die Arbeit wieder sofort aufzunehmen. In den nächsten 12 Minuten wurde die Arbeit ruhend fortgesetzt, wobei 5 Minuten gearbeitet und eine geruht wurde. In weiteren 18 Minuten wurde die Arbeit in gleichem Verhältnis zur Ruhepause sitzend oder stehend, wie es der Arbeiterin am besten paßte (zu Lebensmüdigkeit), fortgesetzt. Die letzte Periode von 6 Minuten endlich war ganz der Ruhe gewidmet, mit Ausnahme der zwei der Mittagsmahlzeit und dem Arbeitsstich vorangehenden Stunden, in denen die Ruhepause fortblieb.“

Und triumphierend heißt es am Schlusse des Berichtes: „Die Ergebnisse der Versuche haben den Beweis erbracht, daß bei dieser Arbeitsleistung die Arbeiterinnen drei mal so viel wie bisher leisteten und daß sie am Ende des Arbeitstages die Arbeit viel frischer verlassen, als es sonst der Fall war.“

Diese Methode eröffnet unacabnte Perspektiven. Wir sehen schon im Geiste, wie sich unsere braven deutschen Kapitalisten schmunzelnd die Hände reiben, in der beschleunigten Gewißheit, den Ertrag mühevoller Arbeit in den nächsten Jahren verdreifachen zu sehen. Es soll uns nicht wundern, wenn sie das von den Amerikanern festgestellte Ergebnis, daß die Arbeiterinnen die Arbeit viel frischer als sonst verlassen haben, zu einem neuen Angriff auf den Achtstundentag verwenden. Schließlich wird man uns noch davon zu überzeugen versuchen, daß bei gleicher Arbeitsleistung der Ertrag der geleisteten Arbeit verdreifacht werden kann und die Arbeiter die Verdriebe viel früher verlassen, als sie sie betreiben haben. Denn nicht nur in Amerika, sondern auch bei uns ist so ziemlich alles möglich.

Nach der Ueberlieferung soll sich bekanntlich der alte Araber damit abgefunden haben, die Natur zu bewahren und ohne Schlaf auszukommen. Er hat freilich die Segel streichen müssen. Nur Geduld, und wir werden bald soweit sein, hier in Deutschland im Interesse des „europäischen Wiederaufbaues“ den Schlaf zu überwinden. Und die Kapitalisten machen schmunzelnd ihr Profitieren. D. R.

dem Abbruch und nicht, was zweifellos wesentlicher ist, dem Zeitraum der georgischen Geschichte nach dem Abbruch des russisch-georgischen Vertrages rückt. Denn der Vertrag hat ja gleichsam alle Sünden ausgelöscht, die Georgien gegenüber Rußland und Rußland gegenüber Georgien verschuldet hatten. Und wären die Sünden Georgiens gegenüber Rußland unzulässig, warum hat sich dann Rußland entschlossen, den Vertrag mit Georgien abzuschließen? Um den russischen Krieg gegen Georgien zu begründen, ist daher die genaue Kenntnis jenes Abschnittes der georgischen Geschichte notwendig, die sich nach dem Abbruch des russisch-georgischen Neutralitätsvertrages zugetragen hat. Und da können doch nur folgende Erwägungen maßgebend sein: Hat Georgien den Vertrag verletzt? Hat es seine Verpflichtungen gegenüber Rußland gebrochen? Hat es Rußland zum Kriege herausgefordert? War daher ein Krieg Rußlands gegenüber Georgien unabwendbar? Diese Fragen heißen Antwort. Aber der rebelle Trozki hält sich da in sonderbarem Schweigen. Wo sind die Dokumente, die der georgischen Regierung Vertragsbrüche nachweisen? Wo ist das russische Dokument, das den Abbruch der Beziehungen zwischen der russischen und georgischen Regierung ankündigt? Wo ist die russische Kriegserklärung? Wir suchen im Buche Trozki's vergeblich danach. Den entscheidenden Abschnitt der georgischen Geschichte, nämlich den nach dem Abbruch des Vertrages, verläßt er laun. Auch Herr Schaffir findet auf diese Fragen keine Antwort. Aber das Schweigen ist Anklage. Denn wäre Georgien gegenüber Rußland im Unrecht, dann hätte Trozki und Schaffir natürlich nicht gezögert, das Unrecht Georgiens anzugeben. Die russische Regierung brah also keinen wie immer gearteten Rechtsittel zum Einmarsch ihrer Truppen in Georgien.

Durch welches Wunder aber kamen die russischen Truppen dennoch nach Georgien? Dieses Wunder deutet Trozki in seinem Buche so: In Georgien hatte sich eines Tages ein „Sowjetumsturz“, und zwar, wie es ein glücklicher Zufall wollte, gerade in dem Augenblick, als der Anmarsch der russischen Truppen an den Grenzen Georgiens vollendet war, vollzogen. Selbstverständlich — bekennt Trozki — hatte die russische Truppenkonzentration an den georgischen Grenzen „nur rein defensiven Charakter“; sollte sich nämlich in Georgien ein „Sowjetumsturz“ vollziehen — und warum sollte dieser „Fall“ nicht eintreten? —, dann hätten die russischen Truppen die Aufgabe, eine „ausländische Intervention“ zu verhindern. Und siehe da: der „Fall“ trat ein, der, „Sowjetumsturz“ kam; und zwar „begann“ er genau an jenen Punkten, wo die russischen Truppen versammelt waren, nämlich an den Engpässen und an den wichtigsten Verkehrsstraßen. Und siehe: von jenen Punkten bewegte er sich mit der Geschwindigkeit der schweren russischen Tanks bis zu den Industriezentren und unterwarf sich das ganze Land. So kamen die russischen Truppen, vom „Sowjetumsturz“ mit magnetischer Kraft angezogen, ins Land. Sonderbar, höchst sonderbar!

Wie erklärt Trozki diese glückliche Fügung? Sehr einfach. Georgien war längst für den Sowjetumsturz reif. „Die Massen waren revolutionär“, das „Sowjetfundament“ in einer starken, stürmisch wachsenden kommunistischen Parteiorganisation gegeben. Als sich dann die russischen Truppen den Grenzen „näheren“, da wurde das Bacholum der kommunistischen Organisationen noch „stürmischer“. Der „Knoten“ war so weit gelöst. Ihm gegenüber verwies ich in meinem Artikel in der „Freiheit“ auf einen Bericht des Führers der georgischen Kommunisten Mcharadze, der das frische Gegenteil behauptet, nämlich: daß sich die kommunistische Partei Georgiens im Augenblick des Einmarsches der russischen Truppen in hoffnungsloser Lage befand, ihre Organisation „völlig zertümmert“ und „entwurzelt“ und daher unfähig waren, die Sowjetordnung zu organisieren“. Georgien be-

## Auch ein Fortschritt

Die höchstmögliche Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft ist von jeher das Bestreben der Kapitalisten gewesen. Sie haben kein Mittel unversucht gelassen, um die Ware Arbeitskraft, die unacarrentlich von dem Arbeitnehmer als Person ist, am vornehmlichsten für sich auszunutzen. Zu ihrem Leidwesen stehen sie jedoch auf einem Widerstand, den selbst der arbeitsgierigste Geschäftsmann der modernen Industrieritter nicht brechen konnte: die Natur! Konnte man die Maschinen, wenn es der Profit erforderte, in den Zeiten der Hochkonjunktur ununterbrochen laufen lassen, so braucht bekanntlich der Mensch eine längere Arbeitspause, um sich von den Mühen und dem Kräfteverbrauch während der Arbeitszeit zu erholen und neue Kräfteenergien für die kapitalistische Ausbeutung aufzusammeln. So ist die Länge der täglichen Arbeitsdauer eines der Kampfobjekte gewesen, das die widerstreitenden Interessen des Unternehmers und der modernen Arbeiterkraft am deutlichsten offenbarte. Je länger die Arbeitszeit, je intensiver die Ausnutzung der Ware Arbeitskraft, um so größer der Profit des Unternehmers. Hier sind die letzten Ursachen des Kampfes gegen den mühsam erkämpften Achtstundentag zu suchen, der sich bei uns in Deutschland hinter der Bhäre verhehlt, daß nur von den Feinden verarmtstes Vaterland als Nation unter der Mehrarbeit der Arbeiterkraft zu retten sei.

Jetzt dringt aus dem gelobten Lande des Kapitalismus jenseits des großen Wassers eine Kunde zu uns herüber, die auch unsere Unternehmer aufpassen lassen wird. Amerikanische Industrielle beschäftigen sich zurzeit mit Versuchen, um die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsmethoden festzustellen und das beste Mittel, den ermüdeten Körper wieder arbeitsfähig zu machen, herauszufinden. Eine Korrespondenz weiß darüber folgendes zu berichten:

Die Versuche gründeten sich auf die Erfahrung, daß ein ermüdetes Organismus einer gewissen Periode der Ruhe bedarf, damit er seine volle Arbeitskraft wieder erlange. Soweit hat man sich also schon durchgemerkt, daß eine doppelt so große Ermüdung auch die doppelte Ruhepause verlangt (eine epochemachende Entdeckung!), und daß endlich eine Ueberanstrengung ein Arbeitsunterbrechung für unacarrante Zeit erfordert, wobei obendrein die Gefahr besteht, daß die volle Arbeitsfähigkeit nicht wieder erreicht wird. (Das wäre natürlich katastrophal für die Unternehmer.)

Die menschenfreundlichen Großkapitalisten Amerikas sind nun dabei, ihren Artgenossen in allen Ländern ein Rezept zu geben, wie dieser drohenden „Gefahr“ begegnet werden kann. Als Versuchskornikel haben sie sich (natürlich) junge Arbeiterinnen ausgesucht, die nunmehr das Verdienst für sich in Anspruch nehmen dürfen, der Ausbeutung der Ware

## Residenzhater. Hanneles Dimmelfahrt. Traum

Dichtung von Gerhart Hauptmann. Dieses Werk gehört, trotz des Grillparzerpreises, mit dem es bereits im Jahre 1895 bedacht wurde, nicht zu den hervorragenden Leistungen Hauptmanns. Gewiß hat es in den drei Jahrzehnten, die seit seinem Entstehen verstrichen sind, manches Gemüt gerührt. Der Stoff machte dies schon allein sicher. Wen müßte es nicht rühren, wenn eine junge Menschenkind von ihrem vom Alkohol verflorten Vater so gepeinigt wird, daß sich all ihr Sehnen nach Menschenlein, verhärtet durch die Ketten erwachenden Bewußtseins, in Sehnst nach Erlösung durch den Tod umwandelt. Daneben bietet Hanneles Dimmelfahrt aber auch solche Perlen Hauptmannischer Dichtung und feiner psychologischer Begründung, wie ein im Nieberröhen, unter inhaltlichem Wechsel väterlicher Brutalität mit dem lodenden Gelohn himmlischer Meeresharen gequältes Herz, alles Erdende für alle Zeit anschauf.

Die Regie, die bei den gegenwärtigen Theaterverhältnissen unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten muß, wurde dieser mit einfachen Mitteln im allgemeinen einacarrmaßen Herr. Die Hauptrollen waren entsprechend besetzt. Das Gesamtspiel befriedigt. E. R.

## Tagesnotizen

Im Theater in der Königsberger Straße finden heute, Sonntag, zwei Aufführungen des phantastischen Melodrams „Die wunderlichen Geschichten des Kapuzinensers Kretzer“ statt. Die erste Aufführung in der bekannten Uebersetzung beginnt nachmittags 3 Uhr.

Im Deutschen Theater wird als alle Premieren der neuen Spielzeit „Reinhold“ unter in der Uebersetzung von Emil Scherling gegeben mit Eugen Klöpfer, Agnes Strauß, Max Gülstorf, Frieder Schöler, Grete Scher (die in dieser Rolle ihr Engagement am Deutschen Theater antreten), Margarethe Wörz und Ferdinand. Dort in den Hauptrollen. Die Uebersetzung findet Donnerstag, den 6. d. M., statt. Die Preise über Belgis folgen.

Die russischen Kammerstücke „Alimera“ (Composiert von Meisel) und noch weitere gefommen und werden in den Kammerstücken des Deutschen Theaters ein längeres Gastspiel geben.

Am Deutschen Theater ist die Uebersetzung der bischöflichen Komödie „Reinhold“ unter in der Uebersetzung von Emil Scherling gegeben mit Eugen Klöpfer, Agnes Strauß, Max Gülstorf, Frieder Schöler, Grete Scher (die in dieser Rolle ihr Engagement am Deutschen Theater antreten), Margarethe Wörz und Ferdinand. Dort in den Hauptrollen. Die Uebersetzung findet Donnerstag, den 6. d. M., statt. Die Preise über Belgis folgen.

Wenige russische Opern (Alexander Blok, Schjlow, Palmont) realisiert Reinhold Kotho am Donnerstag, den 7. September 1922, abends 8 Uhr, in der Oper- und Operntheater. Karten in der Oper- und Operntheater.

Ich also gar kein „Sowjetfundament“. Zudem stellt Macharadze fest, daß der russische Angriff selbst für die Kommunisten völlig unerwartet gekommen war und „kein Parteimitglied die Ziele und Motive dieses Angriffes wußte oder ahnte“. Herr Schaffir ist entzückt. Aber nicht über Macharadze, der dem Trotski das Konzept so gründlich verdorben, sondern über mich, als hätte ich die allerdinge sehr entscheidende Behauptung Trotskis widerlegt, daß die wertvollsten Massen Georgiens für den Sowjetumsturz „herangereift“ waren. Darum findet es Herr Schaffir am bequemsten, den Bericht Macharadzes einfach zu unterschlagen. Macharadze existiert für den Herrn Schaffir einfach nicht. Dagegen zitiert er sozialdemokratische Berichte über das Wachstum und das Treiben der kommunistischen Bewegung, und zwar, man achte auf das Datum: vom Dezember, April und Juni 1919. Macharadze schildert aber die Lage der kommunistischen Partei zur Zeit des russischen Einfalls, Ende Februar 1921, und zwar nicht wie die sozialdemokratischen Berichte nebenbei, sondern mit aller wünschenswerten Ausführlichkeit, die die Sorge um das Schicksal der Partei dem Führer der Partei diktiert. Der Bericht Macharadzes, der mit aller Klarheit nachweist, daß Georgien im Augenblick der russischen Invasion fern von einer „revolutionären Situation“ war, weiterhin die in meiner Broschüre veröffentlichten Berichte der russischen Kommunisten Borisowski und Kus aus der russischen Soldatenzeitung „Krasnyi Boloi“, die gleichfalls mit aller Klarheit erweisen, daß die Russen in Georgien einfach einmarschiert waren, lassen an dem imperialistischen Charakter der Unternehmung Moskaus, die seine Sympotanten in einen „Sowjetumsturz“ umlagern wollen, nicht den leisesten Zweifel. Und um die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Fragen abzulenken, erdichtet mir Schaffir alle möglichen „Entwässerungen“ und „Schandtalern“ zu. Aber wir bürgen dafür, daß den Moskauer das Mäander nicht gelingen wird! Die georgische Frage wird von der Tagesordnung des europäischen Sozialismus nicht verschwinden. Und es wird dafür gesorgt werden, daß jede Erörterung Georgiens mit dem russisch-georgischen Krieg erfüllen Schicksal ihren Ausgang nimmt. Der Krieg und der Vertrag ist das Kernproblem. Was vorher sich zutrug, ist von keinerlei aktuellem Interesse. Was sich hingegen näher zutrug, dafür behält die europäische Arbeiterklasse von Moskau Rechenschaft.

### Agrarischer Kreuzzug für die Gutsbezirke in Sicht

Der Entwurf der preussischen Landgemeindecodierung ist in Bezug auf die Gutsbezirke besonders mangelhaft. Trotzdem fordert ein Herr v. Bodungen durch Rundschreiben zur Schaffung eines Kampffonds zur Erhaltung der Gutsbezirke auf. Der Beitrag soll 1 Mark pro Morgen der Gutsfläche betragen. Herr v. Bodungen prophezeit:

Das Stimmenverhältnis verleiht sich mit Ausnahme weniger Fälle annähernd dem Wertverhältnis. Die Arbeiter werden die Verwaltung der Landgemeinden gewinnen und damit ist die Forderung der Gemeindevorsteherposten mit Gewerkschaftsfunktionären gegeben. Diese Gefahr läßt sich nur vermeiden durch Einführung von Landbürgermeisteren, die jedoch unzulässig sind, weil sie für sie erforderlichen Mittel nicht aufgebracht werden können. Außerdem werden sie auch nur in beschränkter Zahl einen Ausgleich in dem Stimmenverhältnis schaffen können. Die Erhaltung der Gutsbezirke ist daher ein dringendes Erfordernis, soll das Land dem Terror der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsregulierung nicht unterliegen. Die Selbstverwaltung des Landes hätte damit aufgehört zu sein.

Die Landbürgermeisteren des Reformgesetzentwurfes sind ebenfalls in der Öffentlichkeit scharf kritisiert worden, weil sie viel zu sehr auf die Interessen der Großgrundbesitzer zugeschnitten sind. Nichtsdestoweniger wurden sie bisher von deren Seite bekämpft, weil sie zu teuer wären. Das Zirkular des Herrn v. Bodungen behauptet, daß die Landbürgermeisteren, wie sie der Entwurf vorsieht, in Dörfern nichts weiter darstellen würden als die heutigen Amtsbezirke auf erweiterter Rechtsgrundlage. Die Wertschätzung, die Herr v. Bodungen ihnen als Schutzwall gegen die Majorisierung der Besitzenden beilegt, sollte den rechtssozialistischen Genossen, vor allem Seevergung, zu denken geben. Eine andere Notiz, die gleichzeitig durch die Presse geht, deckt einen neuen Grund zu den alten auf, die die Agrarier haben, für die Beibehaltung der Gutsbezirke einzutreten. Wir lesen in bürgerlichen Zeitungen:

„Die Steueranteile der Gutsbezirke. Von der Reichs- Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten auch die Gutsbezirke Anteile. Da bisher bei der Abgabe dieser Anteile nicht einheitlich verfahren worden ist, bringen die Minister des Innern und der Finanzen ihre darauf bezüglichen Erlasse den Reichspräsidenten in Erinnerung; sie weisen insbesondere darauf hin, daß die für die Gutsbezirke aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer überweisenden Beträge, lediglich dazu dienen sollen, die Aufwendungen der Gutsbezirke für öffentliche Zwecke auszugleichen. Es soll daher grundsätzlich vor der Ausschüttung der für die Gutsbezirke bestimmten Ueberweisungen deren Bedarf für die Erfüllung öffentlicher Zwecke ausreichten festgestellt werden.“

Mit diesen Worten besagt diese Notiz anderes, als daß die preussischen Großgrundbesitzer den bankrotten Preußenstaat um bedeutende Geldsummen für ihren persönlichen Vorteil beschummeln oder beschummelt haben. Die Gutsbezirke spielen dem Staate gegenüber die gleiche Rolle wie Städte

über Landgemeinden. Erreicht denen der Staat so ans facon die Aufwendungen für öffentliche Zwecke? Keineswegs. Da gibt's nur einen Teil erreicht. Da wird von Fall zu Fall entschieden, wenn der Staat etwas bezahlen muß und jeder Kommunalpolitiker weiß, wie schwer es hält, etwas zu machen. Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß die Gutsbezirke es leichter haben. Landrat und Regierungspräsident beschleunigen — sofern sie noch der „alten guten“ Beamtenliste angehören — und der Staat bezahlt. Und nicht nur das. Es würde nicht einheitlich verfahren, sagen die Herren Minister und die künftigen Auszahlungen sollen lediglich den Aufwendungen für das öffentliche Interesse dienen. Bisher sind also vom Staat auch Bauten bezahlt, die dem privaten Interesse der Gutseigentümer dienen. Alle Kreise der Bevölkerung, die nicht zu den Großgrundbesitzern gehören, haben das gleiche Interesse, daß die Vetterwirtschaft der preussischen Junker endlich gebrochen wird. Fort mit den Kaiserlandräten! Fort auch mit dem System der Guts- und Amtsdorfherrn!

### Wie darf der Warenpreis kalkuliert werden?

In Chemnitz beschäftigte sich die Preisprüfungsstelle mit den Ursachen der Teuerung und der gegenwärtigen Preisgestaltung. Dabei betonte Herr Schumann von der Landes-Preisprüfungsstelle, daß tägliche Preiserhöhungen unzulässig seien, da die Verbraucher ihre Einkünfte auch nicht täglich erhöhen könnten. Weiter stellte er fest, daß die Chemnitzer Preisprüfungsstelle eine der am besten arbeitenden in Sachsen ist. Den Standpunkt des Landespreisprüfungsausschusses zu der Frage: wie darf künftig der Verkaufspreis der Waren kalkuliert werden? legte er folgendermaßen dar:

Machebend für die Preisprüfungsstellen ist noch heute das Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 24. November v. J. In demselben wird angedeutet, daß in der Gegenwart die Notwendigkeit bestehe, die Preisbildung nach den Herstellungskosten vorzunehmen. In den Herstellungskosten rechnet man auch die Risikoprämie, die Verluste usw. ansehehen soll.

Da unter den derzeitigen Verhältnissen in Verfolg der vorstehenden Gedankenansätze die Forderung nach dem Wiederbeschaffungspreis eine teilweise anzuerkennende Berechtigung besitzt, wird dem Handel nachgelassen, die höchsten Einkaufspreise mit denen er zu rechnen hat, mit in Rechnung zu stellen; ebenso müssen aber auch die zu niedrigerem Preise eingekauften, soweit noch vorhandenen Warenbestände in die Kalkulation einbezogen werden. Wenn also jemand eine bestimmte Warenart mit 100 Mark pro Einheit, später mit 180 Mark gekauft hat und er heute nachweislich einen anderen Offerte beim Vorkäufer 180 Mark für die Einheit im Einkaufsfalle bezahlen muß, so darf er den Durchschnittspreis = 140 Mark als Verkaufspreis in Rechnung stellen.

Dieses Verfahren kann nur denen zuechrieben werden, die das Zustandekommen des von ihnen errechneten Verkaufspreises und den Einkaufspreis für eine bestimmte Zeitspanne — etwa 8 Tage — jederzeit nachzuweisen vermögen. Tägliche Preisveränderungen sind unter keinen Umständen zulässig und werden streng verfolgt.

Aus den Verhandlungen ist erwähnenswert, daß alleseitig ein weitgehendes Kontrollrecht für die Verbraucher verlangt wurde.

Auch der „demokratische Zeitungsdienst“ nimmt zu dem unerhörten Skandal Stellung, der darin besteht, daß trotz des Rollens des Dollars die Warenpreise immer höher geschraubt werden:

Es ist unübersehbar, wenn gestern noch für einen Dollar in Berlin über 1800 Mark gezahlt wurden. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich die Spekulation um jeden Preis vor Versuchungen schücheln wollte. Es ist darum notwendig, daß auffällig überall im Lande vorgegangen wird. Noch ungewöhnlicher freilich ist die Tatsache, daß, während der Preis des Dollars heruntersinkt, die Preise für ungefähre Artikel gerade gestern noch gesteigert wurden. Ist es schon ein großer Unfug und ein nicht zu entschuldigender Wucher, wenn Produzenten, die gar nicht auf ausländische Märkte oder ausländische Zahlungsmittel angewiesen sind, ihre Preise einfach beim Anziehen des Dollars erhöhen, so ist es unentschuldigbar und verbrecherisch, wenn man nun noch rasiert die Preise heraufschraubt, wo die fremden Geldknoten im Werte sinken. Es ist dringend von der Regierung zu fordern, auf diese Vorgehensart ihr Augenmerk zu richten. Sie herät ja jetzt die Maßnahmen über die Wirtschaftskontrolle. Alle Gehebe sind wirkungslos wenn man nicht den Wucher praktisch fahrt. Allerdings wird es notwendig sein, daß hierbei das ganze Volk mithilft.

### Aus der Partei

#### Die Aufgaben des Parteitag

In einer am Sonntag, den 27. August, von dem Bezirk Dresden der U.S.P. (ehemaliger 4. und 9. Reichstagswahlkreis) einberufenen Bezirkskonferenz, die von allen beteiligten Parteien durch 53 Delegierte besucht war, wurde nach einem mit kurzem Besatz ausgenommenen Referat der Genossin Toni Sender und nach einer längeren Debatte, in der verschiedene Meinungen zum Ausdruck kamen, folgende Entschlüsse mit 50 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen:

1. Die Bezirksversammlung Dresden der U.S.P. bedauert, daß die in einer Auseinandersetzung mit den konterrevolutionären Parteien besonders geeignete Situation nach dem Rathenau-Mord nicht genügend ausgenutzt worden ist. Die Bezirksversammlung stellt ferner fest, daß die ohne bindende wirtschaftliche Sicherungen ausgesprochene Bereitschaft der U.S.P. zur Beteiligung an der Wirtschaft der Regierung ebensowenig den Interessen der Partei, wie denen der Weltarbeiterschaft entspreche.

II. Die Bezirksversammlung erkennt entsprechend den Beschlüssen des Leipziger Parteitages an, daß ein Maximum von Einigkeit der Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Reaktion erreicht werden muß. Sie bedauert, daß das Wesen und die Haltung der U.S.P. ein Zusammenarbeiten mit dieser Partei zurzeit unmöglich macht. Die Bezirksversammlung stellt dagegen mit Befriedigung fest, daß in weiten rechtssozialistischen Arbeiterkreisen der Gedanke der proletarischen Einheitsfront zum Kampfe gegen die Reaktion an Boden gewonnen hat.

III. Die Bezirksversammlung kann eine organisatorische Vereinigung mit der SPD, aber nicht um jeden Preis unterstützen. Es kommt zurzeit auf die Voraussetzungen zur Einheit in politischer und organisatorischer Hinsicht an. Erforderlich ist ein Programm auf der Grundlage des Klassenkampfes. Notwendig ist ein praktischer Kampf, der, frei von bürgerlichen Einflüssen, die Interessen des Proletariats selbständig und konsequent vertritt. Das Schwergewicht der Entschlüsse über die Haltung der vereinigten Partei muß in die Mitgliedschaften gelegt werden. Die organisatorische Verschmelzung kann nur dann einen Sinn haben, wenn sie im Reichen des schärfsten Kampfes gegen die Verelendung der Arbeitermassen, gegen die Unnatur des Kapitalismus, für fortschrittliche wirtschaftliche Maßnahmen, für sozialistische Wirtschaftsbeziehungen erfolgt.

IV. Die Bezirksversammlung fordert, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit der SPD, baldmöglichst der Mitgliedschaft zur Diskussion unterbreitet wird. Würde die SPD zu einer Vereinigung mit der U.S.P. nur unter ungenügenden Bedingungen bereit sein, dann muß die U.S.P. den Kampf um die Interessen des Proletariats weiterhin in voller Selbständigkeit führen.

### Bezirksparteitag Hessen-Waldeck

Der am Sonntag, den 27. August, in Cassel tagende Bezirksparteitag des Bezirks Hessen-Waldeck nahm nach einem weitläufigen Referat des Genossen Krille, Mitglied der Zentralleitung, einhimmig folgende Resolution an:

Der am 26. und 27. August 1922 stattgefundene Bezirksparteitag der U.S.P. für den Bezirk Hessen-Waldeck begrüßt die Schritte der Zentralkommission, das deutsche Proletariat zu einer einheitlichen auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Partei zusammenzuschließen.

Der Parteitag hält die Einigung für unbedingt notwendig, da durch die Zersplitterung der Arbeiterklasse das deutsche, sowie das gesamte Weltproletariat nicht in der Lage ist, den Kapitalismus niederzuringen und an dessen Stelle den Sozialismus aufzubauen und zu verwirklichen.

Wir erwarten, daß der bevorstehende Parteitag in Gera alles daran setzt, auf den von den Zentralinstanzen der Partei vorgezeichneten Program und Forderungen die Einigung zustande zu bringen.

Der Bezirksparteitag in Weiskirchen beschloß am letzten Sonntag, für den September einen Monatsbeitrag von 24 Mark für männliche Mitglieder zu erheben.

Für den Monat Oktober wird die Bezirksleitung beauftragt, einen halben Durchschnittskundenlohn als Beitrag einzuziehen. Für Frauen 25 Proz. davon.

### Zum Braunschweiger Bezirksparteitag

Zu dem uns aus Braunschweig zugegangenen Bericht über den dortigen Bezirksparteitag bitten uns Genosse Bloemfeld mitzutheilen, daß er kein Referat gehalten, sondern nur in die Diskussion eingegriffen und nur in gedrängter Form seine Auffassungen dargelegt hat. Die schließliche Abstimmung über die Resolution habe 15 Stimmen für und 15 Stimmen dagegen ergeben.

Diese Mitteilungen entsprechen auch dem Bericht unseres Braunschweiger Parteiblattes.

### Berliner Bühnenspiellplan

Vom 3. bis 10. September.

- Bestandteile:** 1. 5, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rauch, Berlin. Für den Inhalt: Emil Rauch, Berlin. Druck: Emil Rauch, Berlin.

hemorrhagisch demüthet bei:  
**Jogal** Gicht, Grippe, Rheuma, Hexenschuss, Ischias, Nervenschmerzen.  
Jogal stillt die Schmerzen und lindert die Harnläure aus. In allen Apotheken, 40 Pf. Acet. acet. salic. 0,0050. China, 12 Pf., Lithium, ad 100 Amylum. Ausführliche Prospekt gratis und franco. Fabrik Pharmacia Würzburg 72.

**Persil bleibt Persil**  
in alter bewährter Güte!  
Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert.  
geeignet für alle Arten von Wäsche.  
Alleinige Hersteller: **MENKEL & CIE., DUSSELDORF**, auch der allbewährten „**MENKO**“ (Menkels Wasch- und Bleich-Soda).  
Niemals lösel! Nur in Originalpackung!



Rühtheit, Rühtheit, Rühtheit —

Diese Worte Dantons rief ein junger Mann, der sich zum Kommunismus bekannte, pathetisch in den Versammlungssaal...

Der junge Kommunist begann seine wohlgelegte Rede. Rein, gewiß nicht provozierend. Kunstvoll sah in Satz verschlingend war seine Kritik...

Das Unbekannte? Sie kannten ihn fast alle. Er trat auf und sprach und beschwand. So oft schon. Wer war er? Einzelne Frauen flüsterten untereinander: „Ein Doktor soll es sein —“

Dann aber steigerte sich der monotone Gleichklang seiner Stimme:

„Der Referent sprach von Einheitsfront und glaubte vor Einzelaktionen warnen zu müssen. Ich aber sage euch, daß man auch mit diesen Proben schon hundertmal dazwischen hat. Wohl sind Einzelaktionen kein Mittel, das zum Ziele führt...“

Die Frauen sahen und horchten. Sie sahen im Geiste das grenzenlose Leid, das sie mühselig durch ihr Dasein schleppen. Sie sahen die Massen eingekerkerten Geschlechter ihrer jugend- und freudlosen Kinder...

Und wieder sprach der Referent, der Arzt. Aber schon nach den ersten Sätzen erhoben sich die Freunde des jungen Kommunisten und strömten dem Ausgang zu. Nur daß ihnen der Referent noch nachrufen konnte: „Das ist die Rühtheit meines Kritikers, eure Rühtheit.“

Wo aber war die Begeisterung geblieben, die in den schlichten Frauen das Wort Einheitsfront geweckt hatte und die nun in einem nachsichenden Unwillen über die „Rühnen“ Sidrenfriede sich Luft machte?

Wenn aber jene Frauen durch grenzenlosen Wucher demürrt, noch dem Reizt des „Rühnen“ Kommunisten handeln werden, wenn sie in Panikstimmung die Stände der Händler stürzen und Läden plündern, dann — ja dann wird der junge sich Kommunist nennende Akademiker, der in so schönen wohlgelegten Worten reden kann, bestimmt — nicht dabei sein.

Er wird die Rühtheit des Handelns den anderen überlassen. Aber in der nächsten Versammlung wird er wiederkommen, wird reden und kritisieren und wird beschwören. Wird Abrechnung fordern mit „Verrätern“ und zur Bildung der Einheitsfront aufzurufen und solange „sachlich“ den Klassenkampf führen, bis die Reaktion gestoppt hat.

Epigonen eines Danton.

Vorbildliche Kommunalwirtschaft

Die Berliner Organisation der Wirtschaftsbetriebe kommt nicht von der Stelle, nicht zum wenigsten dank der verworrenen Mehrheitsverhältnisse. Die nachstehende Schilderung, die N. F. in der „Frankfurter Zeitung“ vom 27. d. Mtz. über Königsberger Verhältnisse gibt, ist äußerst interessant. Der dort eingeschlagene Weg entspricht vollkommen unserer Auffassung. Wir hoffen, daß auch Berlin endlich zu einer entsprechenden Regelung kommt.

Die Königsberger Stadtverwaltung hat vor einiger Zeit in der Führung ihrer Betriebsunternehmungen einen neuen Weg eingeschlagen, der mancherorts, z. B. auch in Frankfurt, schon als Vorbild anerkannt, noch viel mehr aber mit Vorzügen als Vorbild anerkannt, noch viel mehr aber mit Vorzügen als Vorbild anerkannt...

Was wird im Winter?

Der Oberbürgermeister an die Berliner Presse / Die Furcht vor Unruhen / Der Kampf gegen den Wucher / Vereindung der Bevölkerung

Der Oberbürgermeister hatte gestern die Vertreter der Berliner Presse zu sich geladen, um ihnen über die Ernährungslage in Berlin genauere Mitteilung zu machen. Seine Ausführungen waren auf einen ziemlich ernsten Ton gestimmt. Er gab mehrmals seiner Besorgnis Ausdruck, daß die zunehmende Beunruhigung der Bevölkerung zu Unruhen und Auswanderungen führen könne...

Der Kampf gegen den Wucher müsse energisch geführt werden. Das

Polizeipräsidium sei um schärfstes Vorgehen ersucht worden. So habe z. B. die Abteilung W in den letzten Tagen erfolgreiche Zuckerversteuern veranstaltet. In allen Markthallen würden Beratungen- und Verkaufsstellen eingerichtet, in denen ein Magistrats- und ein Polizeibeamter sitzt, die alle Beschwerden der Käufer zu prüfen und Mißstände abzustellen hätten. Es finde eine laufende Preisüberwachung statt. Man werde

unnachlässig alle Stände schließen, in denen das Publikum übervorteilt werde.

Nach den Angaben des Oberbürgermeisters haben die Vertreter des Großhandels sich bereit erklärt, sich einer täglichen Kontrolle zu unterwerfen und unsaubere Elemente aus ihren Reihen zu entfernen.

„Was den Kleinhandel anbetrifft, so nimmt er eine mehr als merkwürdige Haltung ein. Ich habe die Vertreter des Kleinhandels gebeten, mit mir gemeinsam die Lage zu besprechen. Ich habe sie aufgefordert, mit mir gemeinsam eine Lösung unserer gemeinsamen Aufgabe zu finden. Die Herren sind zu der Besprechung einfach nicht erschienen. Ich will hoffen, daß es sich um ein Mißverständnis handelt, obgleich die Aufforderung, gemeinsam zu konferieren, bereits zweimal ergangen ist.“

Dem Winter müssen wir voller Sorgen entgegensehen. Wir wollen unser Möglichstes versuchen, um genügend Kartoffeln in die Hand zu bekommen, und wir stehen auch schon in Verhandlungen, die hoffentlich günstig ausgehen werden. Aber hier droht eine große Gefahr: Schon sind aus dem Industriegebiet Kartoffelkäufer auf dem Wege nach Berlin. Sollen die Kartoffelpreise nicht auch noch stark verteuert werden, so muß hier die Regierung einen Riegel vorschieben.“

einfach schon daraus, daß für Gas, Wasser und Elektrizität die Zählwerkzähler, die Kassaboten usw. gemeinsam funktionieren. Der Hauptvorwurf aber liegt natürlich in der geschäftlichen Beweglichkeit, die gerade in der jetzigen Zeit unerhörte Geldschwankungen einfach unschlagbar ist. Kohlenabschlüsse für viele Millionen können in der neuen Form durch ein paar Telefongespräche entschieden werden; Tarifänderungen, die sich der Veränderungen der Wertschöpfungskosten anpassen, können unmittelbar erfolgen, während sie früher Wochen und Monate in den häßlichen Körperkassen brauchten. Abschreibungen und Rückstellungen (Gewinne werden nicht gemacht, nur eine fette prozentuale Abgabe wird an die Stadtkasse entrichtet) können in die Tarifbemessung viel sachlicher einfließen werden. Schließlich nicht eine Entkommunalisierung und auch eigentlich nicht eine Entvölklerung, aber eine Entdemagogisierung ist eingetreten, weil, solange die Bürgerschaft zufrieden ist, die Debatte aus dem Stadtverordnetenrat in das Ausschichtsratszimmer verlegt sind, wo die Tribüne fehlt. Königsberg hat, als es die Betriebsgesellschaft gründete, den höchsten Gaspreis gehabt, jetzt fluriert es trotz seiner ungünstigen Kohlenlage unter den Städten mit dem niedrigsten Gaspreis, offenbar weil andere Städte erst später merkten, daß sie Verkaufspreise hatten und das nun nachträglich auszugleichen suchten.“

Neue Gemeindesteuern

Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer — Besteuerung der Pferde

Die Finanzdeputation beschäftigte sich gestern zunächst mit der wichtigsten Vorlage über Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer, die dem teilweisen Ausgleich der letzten Geldentwertung dienen soll. Der Stadtkämmerer berichtete ausführlich über die durch die Ausgabeerhöhungen eingetretene Aufwendungen und über die ihnen gegenüberstehenden Einnahmen aus Zuschüssen des Reiches und aus Anteilen an der Reichseinkommensteuer und bezifferte den Nettobetrag auf rund 1,4 Milliarden für persönliche und 0,7 Milliarden für sachliche Mehrausgaben (ohne die Werke). Zur teilweisen Deckung dieses Fehlbetrages beantragte der Kämmerer eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 50 Proz. der bisher beschlossenen Zuschläge, d. h. die Verdoppelung der jetzigen Sätze vom 1. Oktober ab und die Erhöhung der Grundsteuer auf 25 v. T. für bebauten und 40 v. T. für unbebauten Grundstücke. Außerdem sollte von allen Betrieben, die zehn und mehr Arbeitnehmer beschäftigen, eine Kopfsteuer erhoben werden. Die Finanzdeputation gab nach eingehender Beratung ihre Zustimmung, vorläufig nur zur Erhebung eines 25-prozentigen Zuschlages bei der Gewerbesteuer und zu der Erhöhung der Grundsteuer nur für unbebaute Grundstücke. Die Erhöhung des Grundsteuerfußes für bebauten Grundstücke wurden abgelehnt. Die Ordnung über die Erhebung einer Kopfsteuer fand Annahme. Ihre Sätze wurden auf 600 M. für den 11. bis 50. Arbeitnehmer, 800 M. für den 51. bis 100. Arbeitnehmer, 1000 M. für den 101. und jeden weiteren Arbeitnehmer jährlich festgesetzt. Die Kopfsteuer kommt nur für das Halbjahr 1. Oktober 1922 bis 31. März 1923 zur Erhebung. Auch über die Einführung einer Pferdesteuer wurde beraten. Schon vor einem Jahre hatten die zuständigen Körperschaften eine solche beschlossen, aber die Aufsichtsbehörde genehmigte sie aus rechtlichen Gründen nicht. Diese Bedenken sind inzwischen durch ein

Der Magistrat werde sich bemühen, das Neuenhagener zur Unterstützung der Kleinrentner, Kärstinger berechtigten und Erwerbslosen zu tun. Massen-speisungen allein würden nicht ausreichen. Es fehle an Geldmitteln. Die Regierung habe bereits bei den letzten Jahrgängen für die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten einsparungen müssen. Katastrophal sei der Gesundheitszustand der Kinder, von denen

89 % unterernährt und 59 % tuberkulös sind.

Sehr bedrohlich sei die Lage der Milchversorgung und auch die Velleferung mit Fett. Die Fischerei verlage, weil es für die Fischdampfer an Kohle fehle. Brennstoffe seien knapp. Der Magistrat werde versuchen, für Minderbemittelte billigeren Hausbrand zu beschaffen.

Das entscheidende Wort haben wir vom Oberbürgermeister noch nicht gehört. Die Mobilmachung der Polizei gegen besonders traffe Ueberwucherung der Bevölkerung ist gewiß gut gemeint, aber bedeutet keine Lösung. Der Wucher setzt auch gar nicht beim Kleinhändler ein. Ihm kann das Handwerk nur an der Quelle der Produktion selbst gelegt werden. Wirksam wird das Eingreifen der Berliner Gemeinde nur dann werden, wenn sie durch Einkäufe und Bereitstellung von Mitteln im großen Umfang auf den Berliner Lebensmittelmarkt selbst regulierend einzugreifen versucht. Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß der Berliner Magistrat sich nicht gerade durch erstklassige Verwaltungsleistungen auszeichnet. Wenn es der Stadt bei ihrer Finanzlage nicht möglich ist, aus dem Stadtsäckel genügend Mittel zum Grobkauf von Lebensmitteln für die Bevölkerung bereitzustellen, dann muß sie eben andere Wege zu gehen versuchen. Die Gemeinde könnte sehr wohl auf die Berliner Großindustrie einen Druck ausüben, daß sie Kredit für die Beschaffung von Lebensmitteln gewähren. Alle anderen Maßnahmen mögen sehr gut gemeint sein, können aber keinerlei dauernde Abhilfe gewährleisten. Wie es heißt, „schweben über diese Dinge noch Beratungen“ im Magistrat. Wir erwarten dringend, daß der Magistrat am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung bereits positiv mitteilen kann, daß und mit welchen Mitteln er die Sicherstellung so wichtiger Produkte wie

Kartoffeln, Fleisch, Milch, Fett und Hausbrand

zu organisieren gedenkt. Es ist für unsere gesamte Entwicklung von der ungeheuersten Bedeutung, daß die Berliner Gemeindeverwaltung diesmal nicht nur redet, sondern handelt.

Neue Kohlenpreise

Das Kohlenamt teilt mit: Infolge der ab 1. d. Mtz. eingetretenen enormen Erhöhung der Produktionspreise und Bahnfrachten ist eine entsprechende Heraussetzung der Kleinverkaufspreise für Briffetts und Koks erforderlich geworden. Diese betragen mit Wirkung vom 2. d. Mtz. ab:

- I. Küchen- und Dienbrand: Briffetts pro Ztr. ab Lager 245,60 M., frei Keller 250,60 M., Gaskoks pro Ztr. ab Lager 133,20 M., frei Keller 134,95 M.
II. Lieferung in Fuhrnen über 30 Ztr.: pro Zentner frei Keller: Briffetts 248,55 M., Gaskoks 133,20 M., Westfälischer Schmelzkoks 434,15 M., Pichtenberger Schmelzkoks und Berliner Kammerkoks 433,20 M., Ober-schlesischer Schmelzkoks 473,20 M., Nieder-schlesischer Schmelzkoks 512,25 M., Sächsischer Hüttenkoks 574,00 M.
Die unter II. genannten Preise ermäßigen sich bei Selbstabholung um 5.— M. pro Zentner.

Mieterproteste

In allen Bezirken Berlins finden Mieterprotestversammlungen gegen die Mietschneidung statt, auf denen die bekannten Forderungen der Mieterschaft vertreten werden. Wir bringen eine der dort angenommenen Resolutionen: „Die am 20. August 1922 in der Dorotheenschule Wilhelmshavener Straße 2 auf Einladung des Mietervereins Berliner Westen e. V. zahlreich versammelte Mieterschaft nimmt Kenntnis, daß bei den Abschlägen zum Reichsmietengesetz nur der von der Preussischen Ausführungs-Verordnung festgesetzte Hundertsatz von 20 Prozent berücksichtigt worden und außer den erheblichen Zuschlägen Abwälzung aller Reparaturen, Grund- und Gebäudesteuern auf die Mieter in Aussicht genommen ist. Angesichts der Tatsache, daß die Vermieter die laufenden Reparaturen jahrelang geseh- und vertragswidrig zurückgestellt haben, kann und wird die Mieterschaft sich mit dieser Regelung nicht zufrieden geben, sondern erhebt schärfsten Protest gegen den Beschluß des Magistrats und fordert:

- 1. Entfernung aller bereits in der Friedensmiete enthaltenen Bestandteile, deren heutige Kosten umgelegt werden sollen.
2. Angemessene Zuschläge nach den berechneten Vorschlägen des Bundes Berlin im Bunde deutscher Mietervereine.
3. Reparaturkosten, die bisher den Vermietern oblagen, aber infolge ihres Verzuges nicht zur Ausführung gelangt sind, nicht nach dem RMG auf Mieterkosten zu bringen; die Mieterschaft mit Reparaturkosten vielmehr erst dann zu belasten, wenn die Vermieter die Mietsache den Mietern in ordnungsmäßigem Zustande übergeben haben.
4. Einrichtung eines Ausgleichsfonds gemäß § 7 Abs. 3 des RMG.
Dem Beschluß des Magistrats muß die Zustimmung versagt werden, da sonst unübersehbare Folgen eintreten.



# Gewerkschaftliches

## Aufstieg der deutschen Gewerkschaften

Dem vom A.D.G.B. herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ entnehmen wir folgende Mitteilungen über das Wachstum der deutschen freien Gewerkschaften:

Die deutschen Gewerkschaften haben im zweiten Vierteljahr dieses Jahres in erfreulicher Weise an Mitgliedern zugenommen. Am Schlusse des ersten Vierteljahres hatten sie im ganzen 7 864 079 Mitglieder (davon 1 646 333 weibliche). Diese Zahlen liegen, wie aus der regelmäßigen vierteljährlichen Zusammenfassung der Statistischen Abteilung des A.D.G.B. hervorgeht (Korrespondenzblatt Nr. 34), im zweiten Vierteljahre auf 7 979 238 (1 691 598). Die höchste Mitgliederzahl hatten die deutschen Gewerkschaften am Ende des zweiten Vierteljahres 1920, nämlich 8 144 981 (1 780 711). Damals war aber noch der im Laufe des vorigen Jahres aus dem A.D.G.B. ausgeschiedene Zentralverband der Angestellten mit 402 748 (186 745) Mitgliedern dabei. Bieht man dies in Betracht, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Mitgliederzahl vom zweiten Vierteljahr 1922 die höchste ist, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund je erreicht hat.

Von den 49 Verbänden, die dem A.D.G.B. angeschlossen sind, haben 9 nicht rechtzeitig berichtet. Unter diesen befinden sich auch größere Verbände, wie die der Bekleidungsarbeiter und der Landarbeiter. In die Zusammenstellung wurden dann die letzten bisher vorliegenden Zahlen gesetzt. An der Spitze sind folgende 25 Verbände beteiligt: Bäcker und Konditoren, Bauarbeiter, Buchbinder, Chorfänger und Ballettpersonal, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Feuerwehrmänner, Glaserarbeiter, graphische Hilfsarbeiter, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Lederarbeiter, Litographen und Steinrunder, Maler, Polierer, Porzellanarbeiter, Schiffszimmerer, Schuhmacher, Schweizer, Steinarbeiter, Steinseger, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Zimmerer.

Besonders stark war die Zunahme bei den Textilarbeitern (von 679 840 auf 715 645, davon 475 389 weibliche) und den Bauarbeitern (von 489 185 auf 542 035).

Bei den übrigen 15 Verbänden trat eine Abnahme ein. Es sind folgende: Asphaltwerke, Bergarbeiter, Blöttcher, Eisenbahner, Fleischer, Friseurgehilfen, Gärtner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Glaser, Malchmisten und Pelzer, Metallarbeiter, Musiker, Schornsteinfeger, Töpfer, Transportarbeiter.

Wie man sieht, sind sowohl an der Zunahme wie an der Abnahme Berufsverbände sowie Industrieverbände beteiligt. Auf die Organisationsform ist die Abnahme also nicht zurückzuführen, sondern auf die besonderen Verhältnisse in den betreffenden Berufen. Das wichtigste ist nun aber, für die Aufklärung der neugewonnenen Gewerkschaftsmitglieder zu sorgen.

## Krise im Bauarbeiterverband

Vom Vorstand des Vereins Berlin des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird uns berichtet:

Nachdem der Verbandstag in Leipzig die Gewerkschaftspraktiken der Kommunisten in eindeutiger Weise abgelehnt hat, hätte man glauben sollen, daß sich die Kommunisten mit dieser Tatsache abfinden und in den allgemeinen Gewerkschaftsrahmen einfügen würden. Aber weit gefehlt. In den letzten Monaten setzte im Verein Berlin des Bauarbeiterverbandes ein schlimmes Treiben ein, wie zuvor. In einzelnen Vierteln wurden die Ausschüsse an den Bezirksversammlungen immer wieder angeschlossen, als wenn nichts geschehen wäre. Alle Mahnungen an die kommunistischen eingeschickten Funktionäre und Mitglieder fruchteten nichts. Man setzte sich bemüht über die statutarischen Bestimmungen und Verbandstagsbeschlüsse hinweg. Die Parteiarundtische waren wie immer, oberstes Gesetz.

Auch in den Mitgliederversammlungen am 31. August war das in verschiedenen Bezirken wieder der Fall. Am Ende unterließ es der kommunistische Obmann absichtlich, eine genaue Fälschung vorzunehmen, so daß die Ausschüsse unangehörigen Zutritt fanden. Auf den Protest verschiedener Kollegen hin erteilte dieser Obmann einem der Ausschüsse das Wort und nahm zum Ueberflus auch noch eine Abstimmung darüber vor, ob die Ausschüsse an der Versammlung teilnehmen dürften oder nicht. Von an der Versammlung teilnehmenden auf die Statuten eines Mitglieds des Vereinsverbandes auf die Statutenwidrigkeit einer solchen Abstimmung aufmerksam gemacht, wurde diese dennoch vorgenommen und die Ausschüsse vertrieben im Versammlungsraum. Diejenigen Funktionäre und Mitglieder, die diesen Beschluß ausliehen und unterstützen, haben damit bewiesen, daß die Verbandstagsbeschlüsse und Satzungen für sie nicht maßgebend sind. Ansolche Stellen wurde der Bezirk aufgeschlossen. Daß die üblichen tumultuarischen Szenen nicht fehlen durften, sei nur nebenbei bemerkt.

Ebenfalls mußte der Bezirk Gesundbrunnen aufgelöst werden. Dort wurde eine ordnungsmäßige Geschäftsführung systematisch dadurch verhindert, daß man die angelegte Tagesordnung nicht erledigen ließ, was in diesem Bezirk schon wiederholt der Fall gewesen ist. Auch hier erschienen die Ausschüsse auf dem Plan.

Daß der Bezirk Norden I bei Erwählung der kommunistischen Rahmestaten nicht fehlen darf, ist unseren Mitgliedern klar. Auch in diesem Viertel verschafften sich die Ausschüsse Einzug in die Versammlung und dir-

tierten das nun schon bis zum Ueberdruß bekannte kommunistische Konzert. Seid Kaiser oriff den Kollegen Wegener täglich an, wodurch ersterer in der Achtung seiner Anhänger noch besonders steigen wird.

Im Bezirk Norden II wurde ebenfalls die Erledigung der festgesetzten Tagesordnung verhindert. Natürlich stellte man auch den Antrag, die Ausschüsse anzulassen, über den der Obmann fortrefferweise nicht abstimmen ließ. Die Versammlung mußte infolge der einliegenden Radikalen geschlossen werden.

Wir können den nichtkommunistischen Mitgliedern nicht zumuten, diesen Terror noch weiter über sich ergehen zu lassen. Der Vereinsvorstand hat deshalb beschlossen, auch die beiden letztgenannten Bezirke aufzulösen, was hiermit geschieht. Allen Kollegen, die ehrlich gewillt sind, sich im Rahmen der Verbandsabmachungen und Verbandstagsbeschlüsse zu halten, werden wir auf geeignete Weise Gelegenheit geben, ihre Mitgliedschaft im Bauarbeiterverband unter Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte fortzusetzen. Unser Mitteilungsblatt wird die erforderlichen Informationen bringen.

Geredet haben wir genau, so daß keiner der Betroffenen sich auf Unkenntnis berufen kann. Jetzt muß endlich gehandelt werden, damit die Organisation gelunden kann.

## Kein Streik in der Berliner Metallindustrie Ablehnung des Schiedsspruchs

Die wir bereits mitgeteilt haben, fand am Freitag in den Berliner Metallbetrieben, deren Firmeninhaber dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind, die Urabstimmung über den vor dem Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch statt. Das endgültige Abstimmungsergebnis lag uns bei Schluß des Blattes noch nicht vor. Von gut informierter Seite erfahren wir weiter, daß viele tausend Stimmen mehr für Streik abgegeben worden sind. Erzwungsgemäß ist bei Streikabstimmung eine Dreiviertelmajorität erforderlich. Es ist also der Streik abgelehnt, aber auch der Schiedsspruch.

Es erscheint uns selbstverständlich, daß nunmehr sofort neue Verhandlungen geführt werden, bei denen es zu einem für die Arbeitnehmer günstigeren Resultat kommen muß, wenn nicht doch noch ein Kleinstkampf in der Berliner Metallindustrie entbrennen soll.

Die Beteiligung an der Abstimmung soll eine sehr starke gewesen sein. Wir werden das ganze Resultat sofort nach Bekanntgabe durch die Ortsverwaltung mitteilen.

## U.S.P.D.-Delegierte zur Betriebsräte- Generalversammlung

Am Dienstag, den 5. September findet in Alieus Festfälen, Hasenheiß 19-15, die Generalversammlung der freien gewerkschaftlichen Betriebsräte statt. Die Tagesordnung ist eine äußerst wichtige; daher sind alle U.S.P.D.-Genossen verpflichtet, trotz des Widerwillens, den sie ob der kommunistischen Störung in der letzten Generalversammlung haben mögen, zu erscheinen.

## Streik in den Wurstfabriken Groß-Berlins

Wie uns die Organisation der Fleischer mitteilt, haben die Arbeitgeber des Fleischerhandwerkes trotz der inzwischen eingetretenen Ferkelung es abgesehen, den Arbeitnehmern eine Lohnzulage zu gewähren. Eine Vollversammlung sämtlicher Beschäftigten beschloß deshalb, am Sonnabend, den 2. September, die Arbeit einzustellen. Trotzdem die Fleischermeister für ihre Fabrikate von der Bevölkerung die schlimmsten Wucherpreise fordern, beträgt der Durchschnittslohn der Fleischergehilfen seit dem 1. August nur 31 Mark pro Stunde. Die Streikleitung ersucht die Arbeiterschaft, die Betriebsräte, Kantinen-Kommissionen sowie alle anderen Organisationsstellen, darauf zu achten, daß die von ihnen bezogenen Fleischwaren nicht durch Streikbrecher geliefert werden.

Bechlussgemäß sind sämtliche Arbeitnehmer, gewerkschaftlich wie kaufmännische restlos in den Streik getreten. Für Rohhandarbeiten, soweit es sich um Erhaltung der Warenbeschände handelt, wird den einzelnen Betrieben genügend Personal zur Verfügung gestellt. Der Streikleitung, die telefonisch unter „Königsstadt 844“ zu erreichen ist, stehen Betriebe zur Verfügung, die zur Ausführung dringender Aufträge bereit sind.

## Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie

Eine vom Kartell der freien Gewerkschaften in der Zigaretten-Industrie einberufene Versammlung in den Germania-Fälen, die außerordentlich stark besucht war, nahm den Beschluß über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband entgegen. Auch teilte das Ergebnis der Verhandlungen mit, daß die Augustlöhne für die Zeit vom 1. bis 15. September um 5 %, vom 16. bis 30. September um 7 % erhöht werden sollen. Gegen eine ziemlich starke Majorität wurde das Angebot der Arbeitgeber angenommen.

Eine Resolution, welche energische Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher und jede unehrliche Preissteigerung fordert, fand einstimmige Annahme. Der Verkauf der Versammlung bewies, daß die Absicht der Unternehmer, in die jetztaktive Einheitsfront der Arbeiterschaft der Zigaretten-Industrie eine Bresche zu legen, schmähtlich mißglückt ist. Mehr denn je hat die Arbeiterschaft erkannt, daß nur durch einheitsliches Vorgehen die Interessen des Proletariats gefördert werden.

Abschriften des neuen Lohnabkommens sind für Transportarbeiter im Verbandsbüro Engel-Ufer 24/25 II, Zimmer 38, gegen Mitgliedsausweis zu haben.

## Schiedsspruch für Magistratsangestellte

Am Sonnabend tagte unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. von Moellenhoff der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte besondere Schlichtungsausschuß, um sich mit der geforderten Erhöhung der Augustbezüge für die städtischen nichtständig Angestellten zu beschäftigen. Nach längerem Verhandlung wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Die nichtständig Angestellten erhalten, sofern sie vor dem 1. August d. J. das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, für den August 1922 eine Zulage von 300 Mark. Im übrigen werden die Vergütungsfälle des Magistrats als richtig befähigt. Erklärungsfrist der Parteien bis zum 8. September d. J.

Welch freudige Ueberraschung für die dreißigjährigen nichtständig Angestellten des Magistrats! Bekommen sie doch dafür ein Pfund Margarine und ein Pfund Rindfleisch!

## Neue Lohnvereinbarung im Schuhmachergewerbe

Zwischen dem Verein der Berliner Schuhmachermesster und dem Zentralverband der Schuhmacher ist folgendes Lohnabkommen getroffen worden:

1. Für die Zeit vom 21. August bis 2. September 1922 werden folgende Nachzahlungen gewährt: den männlichen Zeitlohnarbeitern 1200 M., den weiblichen Zeitlohnarbeitern 1000 M., den Reparaturarbeitern 800 M., den Akkordarbeitern für neue Arbeiten 200 M. pro Paar.

2. Für die Zeit ab 4. September 1922 beträgt der Mindeststundenlohn für männliche Zeitlohnarbeiter und als Akkordbasis für neue Arbeiten 65 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter und als Akkordbasis für Reparaturen 62 Mark.

Wir weisen darauf hin, daß mit den Schuhmacher-Innungen Groß-Berlin ebenfalls ein neuer Minimallohn tarif abgeschlossen worden ist. Beide Tarife können im Büro des Zentralverbandes der Schuhmacher, Engel-Ufer 24-25 in Empfang genommen werden. Ferner weisen wir auf die am Montag, den 4. September in Groß-Berlin stattfindenden Bezirksversammlungen hin (siehe Vereinskalender).

Zentralverband der Schuhmacher.

## Lohnbewegung in der Damenkonfektion

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin, wird mitgeteilt:

Für die Mäntel- und Kostümbranche hat die Organisation neue Lohnforderungen gestellt. Trotz der schlechten Lohnverhältnisse in der Damenkonfektion wird beim Verkauf der Waren immer behauptet, daß an den Luxuspreisen die hohen Arbeitslöhne schuld seien. Das ist eine laune Ausrede der Unternehmer. Fest steht, daß viele Zwischenmeister den Heimarbeiterinnen für Mäntel und Kostüme oftmals nur halben Tariflohn zahlen. Dies geingt hauptsächlich bei unorganisierten Arbeiterinnen, die über die tariflichen Pflichten der Unternehmer nicht genügend orientiert sind. Dadurch wird natürlich das gesamte Gewerbe geschädigt. Um nun die Säumnigen aufzuräumen und die unorganisierten aufzuklären, veranstaltet die Organisation am Montag, den 4. September, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58-60, eine große öffentliche Versammlung. Die Versammlung muß eine imposante Kundgebung der Arbeiterinnen der Damenkonfektion werden, damit die Unternehmer sehen, daß die Geduld der Heimarbeiterinnen zu Ende ist.

## Gehaltsregelung in den privaten Architekturbüros

Für die technischen Angestellten in den privaten Architekturbüros ist am Sonnabend, den 26. August eine Vereinbarung zwischen dem Bund deutscher Architekten und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten getroffen worden, welche eine Erhöhung der Zulagehälften um 50 % für den Monat August vorsieht. Das Spitzengeld der Gruppe IV beträgt demnach für den Monat August 15 960,- Mark.

Auskünfte über den Tarifvertrag erteilt der Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortshauptverwaltung Groß-Berlin, Werthestraße 7.

U.S.P.D.-Bekleidungsarbeiter. Am Mittwoch, den 6. September, abends 7 Uhr, im Gymnasium, Niederkirchstraße 12, wichtige Versammlung aller im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband organisierten U.S.P.D.-Kollegen und Kolleginnen. Wichtige Tagesordnung. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. — Der Fraktionsvorstand.

Kabelwerk Oberspree. Am Montag, den 4. September, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Aus, Mathildens- und Luisenstraße-Ecke, wichtige Versammlung aller U.S.P.D.-Kollegen und Kolleginnen. Vollständiges Erscheinen wird erwartet. — Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. — Der Fraktionsvorstand.

Glaser. Ab 4. September beträgt der Lohn 67 Mark pro Stunde. Die nächste Versammlung findet am 17. September im Gewerkschaftshaus statt.

Rahmenmacher. Am Montag, den 4. d. Mtz., abends 7 Uhr, Branchenerammlung im Lokal von Doerfer, Weberstr. 17. Tagesordnung: Untere Lohnbewegung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung und der zu fassenden Beschlüsse ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.

U.S.P.D.-Funktionäre der Metallindustrie! Montag, den 4. September 1922, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal von „Haverlands Festsälen“, Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 35, Versammlung.

Der Marksturz, seine Ursachen und Folgen, lautet das Thema in der vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin einberufenen U.S.P.D. Funktionäre-Versammlung am Dienstag, den 5. September 1922, 7 1/2 Uhr in den Russischen, Kaiser-Wilhelm-Straße 81. — Referent: Alexander Stein. Es ist die Pflicht aller ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.

**WENESTI RUND**

**FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE**

**MIT UND OHNE GOLD!**

In der Morgenstunde

*Herren-Unterhosen graues festes Gewebe. . . . M.	36 <sup>00</sup>	*Damen-Untertr.:len weiß, gestrickt, sehr haltbar M.	81 <sup>00</sup>
Herren-Hemden woll- gemischt, sehr gute Qualität, Gr. 3 . M.	311 <sup>00</sup>	*Damen-Stickerel-Unter- tallen . . . . . M.	84 <sup>00</sup>
Herren-Unterhosen woll- gem., sehr gute Qualität, Gr. 3 . M.	275 <sup>00</sup>	Strickbänder elegante Muster	36 <sup>00</sup>
Hemdosen für Knaben und Mädchen . M. 89.—, 79.—	69 <sup>00</sup>	Sportkragen . . . . . M.	3 <sup>50</sup>
Strümpfe Gr. 3-8, durchweg M.	5 <sup>75</sup>	Hosenträger Gummiband mit Lederriemen . M.	32 <sup>50</sup>
Herrensocken M. 39.50, 19.50	8 <sup>50</sup>	Herren-Filzhüte M. 260.—	190 <sup>00</sup>
*Herrensocken Wolle, sehr haltbar . M.	15 <sup>00</sup>	Schals reine Wolle, modernste Farben . . . . . M.	249 <sup>00</sup>
Herrenhandschuhe Wolle, gestrickt . . . . . M.	15 <sup>00</sup>	*Herren-Ulster haltbare gute Qualität, M.	800 <sup>00</sup>
Pulswärmer Wolle, gestrickt M.	7 <sup>00</sup>	*Hosen gestreift . . . . von M.	900 <sup>00</sup>
Ueberziehjäckchen für Damen, reine Wolle . . M.	255 <sup>00</sup>	Stoffwesten farbige, aus Resten von M.	400 <sup>00</sup>

\*Schlafdecken weiß, grau u. braun 190x140 cm M. 294<sup>00</sup>

# BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30

Anmerkung: Angebote freibleibend. Verkauf rationiert. Händler bleiben unberücksichtigt. Die Rationierung bedingt es, daß jeder Kaufustige nur einmal zum Kauf zugelassen wird. Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge ankommender Aufträge, ohne Gewährleistung für pünktliche Lieferung.

Die mit \* bezeichneten Waren kommen nicht zum Versand.

**Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg!!!**  
Haben Sie jemals den Versuch gemacht, sich von der erstaunlichen Billigkeit meiner Warenangebote zu überzeugen?  
**Wenn nicht, dann lassen Sie sich durch nichts abhalten, die**

## große Herbstausstellung

von herrlicher Modellkonfektion, Modellhüten und Modellwäsche im Kaufhause

# Hermann Engel, Landsberger Str. 85, 86, 87,

zu besichtigen.

**Elegante Wintermäntel,** teils mit edlen Pelzen versehen, nur auf reiner Seide oder hochwertigster, aus nur erstklassigen feinen Winterstoffen, alles erstklassige Modelle in neuer Ausführung 28 000.—, 25 000.—, 22 000.—, 18 500.—, 16 500.—, 14 500.—, 12 500.—, 10 300.—

**Allerfeinste Winterkostüme,** feine Ateliersarbeit, zum größten Teil mit Pelz besetzt und mit allen den besten, ersklassigen Ausführung, 28 000.—, 25 000.—, 22 000.—, 18 500.—, 14 500.—

**Allerfeinste Modell-Nachmittagskleider** aus feinstem Gabardine u. Tuch in allen Modellen u. neuesten Formen, 9500.—, 7900.—, 6500.—, 5500.—, 4800.—

**Pelzmäntel** aus Persischer, Nutria, Nerzmarmel, Fohlen, Wildkatze, Second, Seal-Blaum, Seal-Electric, Skunk-Kanin, Slinkskreuz, aus Skunks, amerik. Opossum, Seal-Electric, Nerzmarmel, Silberfuchs, Weißfuchs, Blaufuchs, Nartfuchs und Wölfen und wie in anderen Fellarten.

**Große Auswahl in Herren-Stoffen** für Anzüge, Ulster, Ueberzieher  
**Neueste Kleider-Stoffe und Ulster-Stoffe** für Kleider, Kostüme, Kleiderrocke, Mäntel, Ulster

**Brautleute, junge Ehepaare, sparsame Hausfrauen, Hotelbesitzer, Speisehausbesitzer, Pensionate achten Sie auf folgende Angebote!**

Leinwände, Bettwäsche, Tischtücher, Servietten, Handtücher, Wischtücher, Poliertücher, Spültücher, Taschentücher, Hemdenstoffe, Inletts, Dreile, Damaste, Dimitis, Lakenstoffe, Küppelspitzen, Stickerelien, Valenciennes und Fillet-Spitzen und -Einsätze, Trikotagen, Strümpfe, Handschuhe, Schirme.

**Teppiche, erste Fabrikate, Läuferstoffe, Vorhangstoffe.**  
Künstlergarnituren, engl. Tuil, 2 Schals, 1 Querbeh. . . . . 975.— 700.— 575.— 395.—  
Halbstores, engl. Tuil, Erbstül, Etamia 775.— 650.— 475.— 375.—  
Halbstores, Fillet-Antique in reicher Ausführung und vielen Breiten . . . . 2350.— 1975.— 1750.—  
Bettdecken, Erbstül, Etamia mit Füll- und Kloppe . . . . . 1875.— 1550.— 1200.— 975.—  
Madrasgarnitur, dunkelfarben, 1 Schals, 1 Querbeh. . . . . 2250.— 1950.— 1675.—

### Zur Jugendweibe

Einladungskarten  
Gütdwunscharten  
Geschenkwerte

für die schuleläufige Jugend mit geistreichem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung

Buchhandlung  
„Freiheit“ G.m.b.H.  
Berlin SW 61  
Urbanstraße 7  
(Nabe Dalesches Tor)

### Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Hagen Str. 71-73 a, 5 Min. vom Ost. Frankfurter Allee

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung.

Gegründet 1876  
Komplette  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
einfachen und besseren Genres

Küchen farbige und naturbelassen in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Werbt für unser Blatt!

Gold, Silber, Platin  
Zeitungspapier 10 Mk.  
Flaschen bis 12 Mk.  
-Aur Schütz,  
Kylhäuserstrasse 5,  
nah Winterfeldpl.

Von  
1-3 geschlossen  
Trotz  
Waren-  
knappheit

unterhalte noch  
imposantes Lager  
preiswerter

### Teppiche

(Deutsche u. Perser)  
Gardinen  
Möbelstoffe  
Läufer u. Belag-  
stoffe, Stepp-, Di-  
wan- und Tisch-  
decken, Schlaf-  
und Reisdecken

Eine grosse Anzahl  
Teppiche Feblern

### Teppich- Spezialhaus

Emil  
Lefèvre

Berlin-Süd, Seit 1882  
nur  
Oranienstr. 150  
Keine Filialen!

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin R 54  
Limesstr. 63-65

Geschäftstg von 9 bis 4 Uhr  
Telephon: Ami Norden 833-836

Montag, den 4. September 1922,  
abends 6 1/2 Uhr.

### Branchen-Versammlung

der Rohrleger, Heiser und Bau-  
kempfer  
in Altesch Schützen, Haken-  
deibe 13/15.

Zusammenkunft:  
1. Bericht über das Ergebnis der  
Lohn- und Tarifverhandlungen.  
2. Verhandlungs- und Branchenange-  
legenheiten.

Um 5 1/2 Uhr Konferenz der Ver-  
tragsparteien der Branchen in den  
selben Lokal.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist  
unbedingt erforderlich.

Montag, den 5. September 1922,  
nachmittags 4 1/2 Uhr.

### Berjammung

im „Dresdner Garten“, Dresdener  
Straße 45.

Zusammenkunft:  
Bericht der Verhandlungskom-  
mission.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Dienstag, den 5. September 1922,  
nachmittags 4 1/2 Uhr.

### Konferenz der Branchen- kommission

der Heiser- und Baukempfer  
im Lokal von Schröder, Alte Schen-  
kenstraße 45.

Die Vertragsparteien tagen um  
7 Uhr im selben Lokal.

Montag, den 5. September 1922,  
nachmittags 5 Uhr

### Branchenversammlung

bei Giesecke, Rosenburger Str. 72.

Zusammenkunft:  
Erläuterung des dem Angebot  
der Arbeitgeber.  
Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Mittwoch, den 6. September 1922,  
nachmittags 5 1/2 Uhr.

### Branchenversammlung

der Baukempfer und der Betriebe für  
große Bleche  
in den Mäntel-Gärten, Anker- u. Zill-  
helm-Strasse 31.

Zusammenkunft:  
Bericht der Tarifkommission.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 6. September 1922,  
abends 7 Uhr.

### Branchenversammlung

der Betriebsleiter und Heiser  
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/26.

Zusammenkunft:  
1. Die Lohn- und Tarifbewegung  
in der Metall-Industrie.  
2. Verhandlungs- und Branchenange-  
legenheiten.  
3. Betriebsleben.

Die Vertrauensmännerversammlung  
findet um 6 Uhr, die Zusammen-  
kunft um 5 Uhr im Zimmer 9 statt.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
In Verbindung mit der Wichtigkeit der  
Zusammenkunft ist vollständige und  
pünktliche Erscheinen die Pflicht aller  
Kollegen.

Die Ortsverwaltung.

### Metallschleifer und Galvanisierer.

Die Zusammenkünfte für die Streifen-  
den Kollegen der Gewerkschaft  
müssen bis Dienstag, den 5. Septem-  
ber, bei dem Kollegen Freund, Hirt-  
tenstraße 3 III abgemacht werden.  
Die Zusammenkunft für die Streifen-  
den erfolgt am

Mittwoch, den 6. September 1922,  
nachmittags 9 Uhr.

für die Betriebe, die im Süden  
liegen  
bei Gierst, Rottländer Straße 19,  
für die Betriebe, die im Norden  
liegen  
bei Hof, Rottländer-Str. 100.

Die Ortsverwaltung.

Brillanten, Gold, Silber  
Bruch, Platin, Zahngebisse  
Zahn 20-500 M. Alte Gold-  
u. Silbermünzen a. Sammlig.  
Doublet, Aipsack etc.  
Quecksilber, Photoapparate.  
Ankauf zum Ausländkurs.

### Kurt Kehler,

Berlin, Lothringer Str. 34.

Markenigaretten  
in vornehmsten Prägungen Kanch-  
kas und Schupp-tabake etc.  
Rudolph B. Bahn, Holzmarktstr. 2  
Taschwaren-Großhandlung

Vorzügliche Küche,  
wohlgepflegte Biere  
bei Musik u. Gesang

bietet das  
Heim d. Berliner Arbeiterschaft  
„Gewerkschaftshaus“  
Engel-Ufer 25

### Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

### Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß folgende Kollegen gestorben  
sind:

Der Dreher  
Bruno Andersch  
Skallitzer Str. 74  
am 22. v. M.

Die Einäscherung findet am  
Montag, den 4. 9. 22, na hmittag-  
6 Uhr, von der Leichenhalle des  
Krematoriums Berlin, Gericht-  
straße aus statt.

Der Werkzeugmacher  
Berthold Zickert  
Bornholmer Str. 86  
am 1. d. M.

Die Einäscherung findet am  
Mittwoch, den 6. 9. 22, mittags  
12 Uhr, von der Leichenhalle des  
Krematoriums Berlin, Gericht-  
straße aus statt.

Der Arbeiter  
Hani Fürstenberg  
Schönberg, Coburger Str. 15  
am 1. d. M.

Die Einäscherung findet am  
Dienstag, d. 5. 9. 22, nachmittags  
1 Uhr, von der Leichenhalle des  
Krematoriums Wilmersdorf, Post-  
straße 100 aus statt.

Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung

### Nachruf

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß uns, Kollegen, die Arbeiterin

Luise Otto  
Halter Str. 43  
am 26. v. M. gestorben ist

Die Einäscherung fand am  
Sonntag, den 2. 9. 22, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krematoriums Wilmers-  
dorf, Berliner Str. aus statt

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung

Stodatern  
mit Stodern 2 Mark an  
Tampions billig  
Bücher von 50 Pf. an  
einschließl. Fernschreib-  
Büchlein 10, 15 bis 100  
Pfr. u. höher. Zengeler.

A. Mass & Co., Berlin,  
Markgrafstr. 84, an der Linden-  
str. 9-10 Uhr  
Telephon: Dönhof 3072.

# Tausende Hausfrauen

überzeugen sich täglich durch  
die Besichtigung unserer großen  
Fensterauslagen von der enormen

## Billigkeit u. Güte unserer Waren.

Wir verkaufen noch, trotz des hohen  
Dollarstandes, zu alten billigen Preisen.

# Löwenberg & Co

(Inhaber: Ury Gebrüder, Leipzig)

Das billige Kaufhaus des Nordens  
Swinemünder Straße 86.